

jobcenter
Berlin Neukölln



ZUM MITNEHMEN!

KOSTENLOS & KEINESFALLS UMSONST

RandNotizen

Stadtteilzeitung aus dem Norden Neuköllns

Zehnte Ausgabe / Januar 2014

Was den Armen zu wünschen wäre
für eine bessere Zukunft?

Nur daß sie alle im Kampf gegen die Reichen
so unbeirrt sein sollen
so findig
und so beständig wie die Reichen im Kampf
gegen die Armen sind.

Erich Fried

Vorwort

„Wohnungen fürs Leben“ versprechen in diesen Tagen die Werbeplakate der städtischen Wohnungsbaugesellschaft „Stadt und Land“. Für viele der alteingesessenen „Stadt und Land“-Mieter_innen im Rollbergviertel scheint das nicht zu gelten. Dort gibt es eher steigende Mieten und die Angst vor Verdrängung („Stimmen aus dem Rollberg“, S. 5). Auch Geflüchtete haben bei „Stadt und Land“ keine guten Chancen eine Wohnung zu bekommen. Wie in Britz und Hellersdorf werden sie weiter in Lager gezwungen und statt Wohnungen fürs Leben, müssen sie Angst ums Überleben haben („Gegen alle Grenzen und Lager!“, S. 22). Gegenüber vom Rollbergviertel – auf der anderen Seite der Werbellinstraße – sol2len welche gebaut werden: die Wohnungen fürs Leben oder besser gesagt, die Eigentumswohnungen nur für Gutverdiener_innen („Von Kindl-Residenzen zum aufblühenden Neukölln“, S. 12). Und im Schillerkiez? Da gibts Wohnungen fast nur noch mit prall gefülltem Portemonnaie, Miet-, Eigentums- und Ferienwohnungen. Letztere kosten dann oft doppelt so viel wie die ohnehin schon unbezahlbaren Mietwohnungen in dieser Gegend („Ferienwohnungen vernichten Wohnraum“, S. 7).

Die Wohnung fürs Leben gibts nur für die, die auch dafür bezahlen können, in Berlin, Rio de Janeiro und in allen Städten mit kapitalistischem Wohnungsmarkt („Krieg oder Frieden“, S. 41 und „Wohnen in der Krise“, S. 34). Aber überall, wo ein gutes Leben unmöglich gemacht wird, gibt es auch Menschen, die sich dagegen wehren („Erfahrungsbericht zum Gerichtsprozess“, S. 10; „Wir müssen weg von diesem Zwangssystem“, S. 17).

Wer Informationen, Texte oder Übersetzungen für die RandNotizen beisteuern mag, ist jederzeit willkommen. Wir bedanken uns besonders bei den Übersetzer_innen sowie für alle eingebrachten Artikel und wünschen viel Spaß beim Lesen.

Eure RandNotizen

Erreichen könnt ihr uns unter nk44.blogsport.de
oder smashtaskforce@freenet.de

Предговор

„Жилища за Живот“ обещаваат плакатите на асоциацията за жилищно строителство „Stadt und Land“. Но за много от старите наематели в квартал Rollbergviertel изглежда това не важи. Там реалността по-скоро е: оскъпяване на наемите и страх от прогонване (виж „Stimmen aus dem Rollberg“, S. 5). Имигрантите също нямат никакъв шанс да получат жилище от „Stadt und Land“. Както в Britz и Hellersdorf, така и тук те са принудени да отидат в лагер и вместо Жилища за Живот се страхуват за голото си оцеляване (виж: „Gegen alle Grenzen und Lager!“, S. 22). Срещу Rollbergviertel -от другата страна на Werbellinstraße- предстои изграждане на „Жилища за Живот“. Или поточно казано: изграждането на частни жилища за добре печелещи германци (виж: „Von Kindl-Residenzen zum aufblühenden Neukölln“, S. 12). Как стоят нещата в Schillerkiez? Там са останали предимно жилища за дебелия портфейл, частни апартаменти и така наречените Ferienwohnungen (жилища отдавани под наем на туристи). Тези Ferienwohnungen са с двойно по-скъпи наеми от и без това абсурдно оскъпените „нормални“ наеми за този район (виж: „Ferienwohnungen vernichten Wohnraum“, S. 7).

В Берлин, Рио де Жанейро и всички останали градове, където властва капиталистическия пазар на недвижимо имущество, жилището за живот е само за онези, които могат да си го позволят (виж: „Krieg oder Frieden“, S. 41 und „Wohnen in der Krise“, S. 34). Но навсякъде, където ни правят живота невъзможно труден, се намират хора, които се СЪПРОТИВЛЯВАТ! (виж „Erfahrungsbericht zum Gerichtsprozess“, S. 10; „Wir müssen weg von diesem Zwangssystem“, S. 17).

Който би искал да участва в списването на RandNotizen (текст, информация или помощ в превода) е винаги добре дошъл! Ние благодарим на преводачките и преводачите, както и за донесените в редакцията статии. Желаем ви приятно четене !

RandNotizen

за контакт: nk44.blogsport.de

или ел.поща: smashtaskforce@freenet.de

Foto auf dem Deckblatt (c) by Björn Kietzmann

V.i.s.d.P Frida Kahlo, Weisestr. 53, 12049 Berlin

Stimmen aus dem Rollberg

Die folgenden Kommentare sind Ausschnitte aus Interviews im Rollbergviertel in Neukölln. Auf der Suche nach O-Tönen für die „Kundgebung gegen unbezahlbare Mieten, Verdrängung und Jobcenterstress“ am 22.08.2013, sprach die Stadtteilgruppe 44_ mit einigen Bewohner_innen des Rollbergviertels über ihre Erfahrungen mit „Stadt und Land“ und dem Jobcenter.

Anna R. Kia:

Obwohl ich schon drei Monate kein Geld vom Jobcenter bekomme, weil ich über dem Minimum verdiene: 700 Euro. Davon soll ich leben, die Wohnung und alles bezahlen. Was mir übrig bleibt ist viel zu wenig. Aber das Schlimmste ist in der Unsicherheit zu leben, wo bin ich eigentlich. Im Grunde genommen, man wird immer behandelt wie jemand der außerhalb der Gesellschaft steht. Und das finde ich katastrophal.

Ja, ich arbeite, aber ich hab das Gefühl, ich arbeite nicht. 700 Euro, davon soll ich alles bestreiten. Ich habe hohe Kosten. Ich bezahle nur für meine Nachtspeicherheizung 120 Euro für einen Einpersonenhaushalt. Viel zu viel, das ist nicht menschlich und nicht sozial gerecht.

Im Moment, da hab ich Probleme mit dem Jobcenter. Ich bin beschäftigt in Neukölln bei einer Fördermaßnahme mit Kindern. Und das Problem ist, dass man mir ein Formular geschickt hat zum auszufüllen, um die Leistungen weiter zu empfangen, obwohl ich keine Leistungen bekomme. Ich bezahle alles, es wird kein Wohngeld bezahlt, überhaupt nichts, aber das gehört dazu. Im Grunde genommen, ich habe ein Formular ausgefüllt, aber die haben überhaupt nicht geantwortet, und das seit einem Monat. Ich habe alle Papiere, um die sie mich gebeten haben, abgegeben vor dem 20.7. und bis jetzt hab ich keine Antwort.

Eylem:

Also unsere Umgebung ist die tollste, wegen der Nachbarschaft. Wir haben mit allen Kontakt, egal aus welchem Land der kommt, wir haben bis jetzt noch kein Problem gehabt. Also wir möchten auch nicht gerne von hier weggehen, hier ist eine ganz schöne Gegend. Dieser Rollberg, diese vielen Gebäude, hier halten viele sehr gut zusammen. Keiner möchte weggehen, aber wenn die so weitermachen mit Mieterhöhungen oder diesen Scheißsachen wie Zwangsräumung - das passt nicht zu uns. Da hat man wirklich keine Lust mehr, hier zu wohnen.

Ich bin seit sechs Jahren jetzt im neuen Haus. Damals wohnte ich in einer 3-Zimmerwohnung, jetzt in vier Zimmern. Die Fenster waren alle alt und die kommen nur wegen der Reparatur. Sie gehen nicht ganz zu und von der Seite kommt der ganze Wind rein. Also im Winter kann ich meine Heizung, Heizkörper nur auf fünf drehen, weniger kann ich nicht. Die waren dreimal da, aber die kommen nur wegen Reparatur, geändert hat das nichts. Neue kriegen wir nicht mehr, kostet zu viel Geld, haben die gesagt.

Barri Cada:

Seit zwei Jahren spart „Stadt und Land“ richtig, überall. Die Putzmänner sind weg - Leihfirma. Die Treppen werden auch nicht gut gereinigt. In dieser Gegend hier, da haben die richtig nachgelassen seit zwei Jahren.

Nach ein paar Jahren, wenn die Mieterhöhung jedes Jahr kommt, sagt auch das Jobcenter, du musst raus. Und so einfach eine neue Wohnung kriegt man hier nicht.

Devrim:

Es gibt zick Sachen. Damals gabs hier hunderte leere Wohnungen. Weil die Ausländer sind, weil die Araber sind, weil die Türken sind, weil keine Ahnung, Bosnier sind, haben sie keine Wohnung bekommen obwohl es leere Wohnungen gab.

Die sollen menschlich denken, mehr nicht. Demokratie soll hier in diesem Land sein? Wenn es eine Demokratie in diesem Land hier geben würde, würden sie bestimmt anders denken. Menschlich, menschlich, menschlich, mehr nicht.

Rassismus bei Stadt...

Der Rassismus, von dem viele „Stadt & Land“-Mieter_innen sprechen, wurde von der „Stadt & Land“-Geschäftsführung schon für einigen Jahren ganz offen zugegeben:

„Wenn Deutsche immer wieder ausländische Namen auf Klingelschildern sehen, wird dies als Störung empfunden. Unsere Praxis entspricht einer Erwartungshaltung der deutschen Bevölkerung.“ (taz, 25.09.2012)

„Stadt&Land“ hatte sich an diesem Motto auch orientiert. Deshalb ließen sie Wohnungen lieber leerstehen als sie an Menschen ohne deutschen Pass zu vermieten.

Ferienwohnungen vernichten Wohnraum!

Auch in Neukölln floriert das Geschäft mit Ferienwohnungen. Dabei werden dringend benötigte Wohnungen, dem "normalen" Wohnungsmarkt entzogen.

Das Onlineportal „airbnb“ listet insgesamt 1276 Unterkünfte für Neukölln auf, dabei alleine 76 nur für den Schillerkiez im Umkreis der Schillerpromenade (Stand vom 17. Oktober 2013). 26 dieser Unterkünfte gehören in die Kategorie Privatunterkünfte, wo Menschen Zimmer in ihrer Wohnung für Gäste zur Verfügung stellen. Die restlichen Angebote sind Wohnungen, die komplett vergeben werden. Einige Anbieter_innen geben vor, wegen eigener Reisetätigkeit oder sozialen Motiven die Wohnung zu vermieten. Bei der Mehrheit ist allerdings klar, dass es rein kommerzielle Absichten sind, zumal etliche Menschen gleich mehrere Wohnung inserieren.

Einige Beispiele aus den Online-Anzeigen von „airbnb“ (Dezember 2013):

Herrfurthstraße 4: Ralph vermietet "Bildhübsche 80 qm DG-Wohnung" für 90 € pro Nacht.

<https://www.airbnb.de/rooms/1548880>

Schillerpromenade 7: Pierre (Diplom-Biologe) und Jessy bieten gleich 4 Ferienwohnungen zu Preisen zwischen 39 und 89 € pro Nacht an.

<https://www.airbnb.de/rooms/168666>

Weisestraße 13: Clemens will für "Gemütliche Zwei-Zimmer-Wohnung" 50 € pro Nacht (900 € im Monat, eigene Miete ca. 400 €).

<https://www.airbnb.de/rooms/759887>

Eine andere Variante sind sogenannte möblierte Wohnungen. Die gibt es am Herrfurthplatz 3/ Schillerpromenade 37. Dort wurden Mieter_innen gekündigt, die Wohnungen ziemlich schnell renoviert und mit Möbeln eingerichtet. Jetzt werden dort etwa 6 möblierte Wohnungen in Vorderhaus und Hinterhaus (z.Bsp. 32 qm für 680 € monatlich) angeboten. Die Mindestmietdauer liegt zwischen 2 und 12 Monaten.

„airbnb“ ist weltweit die größte Vermittlungsagentur für Ferienwohnungen, auch Privatunterkünfte oder gerne "Social Travelling" genannt. Sie bezeichnen sich als Teil der "Sharing Economy", einer angeblichen Ökonomie des Teilens, bei der es aber doch hauptsächlich um Profit geht. 2008 als sogenanntes „Start-Up“ in San Francisco entstanden, hat

„airbnb“ ein lohnendes Geschäftsmodell entwickelt: sie kasieren 10% des von den Übernachtungsgästen bezahlten Betrags. Das sorgte im Jahre 2012 für einen Umsatz von 180 Mio. Dollar und einen derzeitigen Börsenwert von ca. 2 Milliarden Dollar. Laut einer Studie von „airbnb“ stärkt der Reisetrend "Privatunterkunft" die lokale Wirtschaft. So haben die mehr als 8.000 „airbnb“-Gäste, die im letzten Jahr in Neukölln übernachtet haben, über 2 Millionen Euro in den Geschäften vor Ort ausgegeben und 1,3 Millionen Euro an ihre Gastgeber bezahlt.

So wirbt „airbnb“ für Neukölln:

<https://www.airbnb.de/locations/berlin/neukolln>

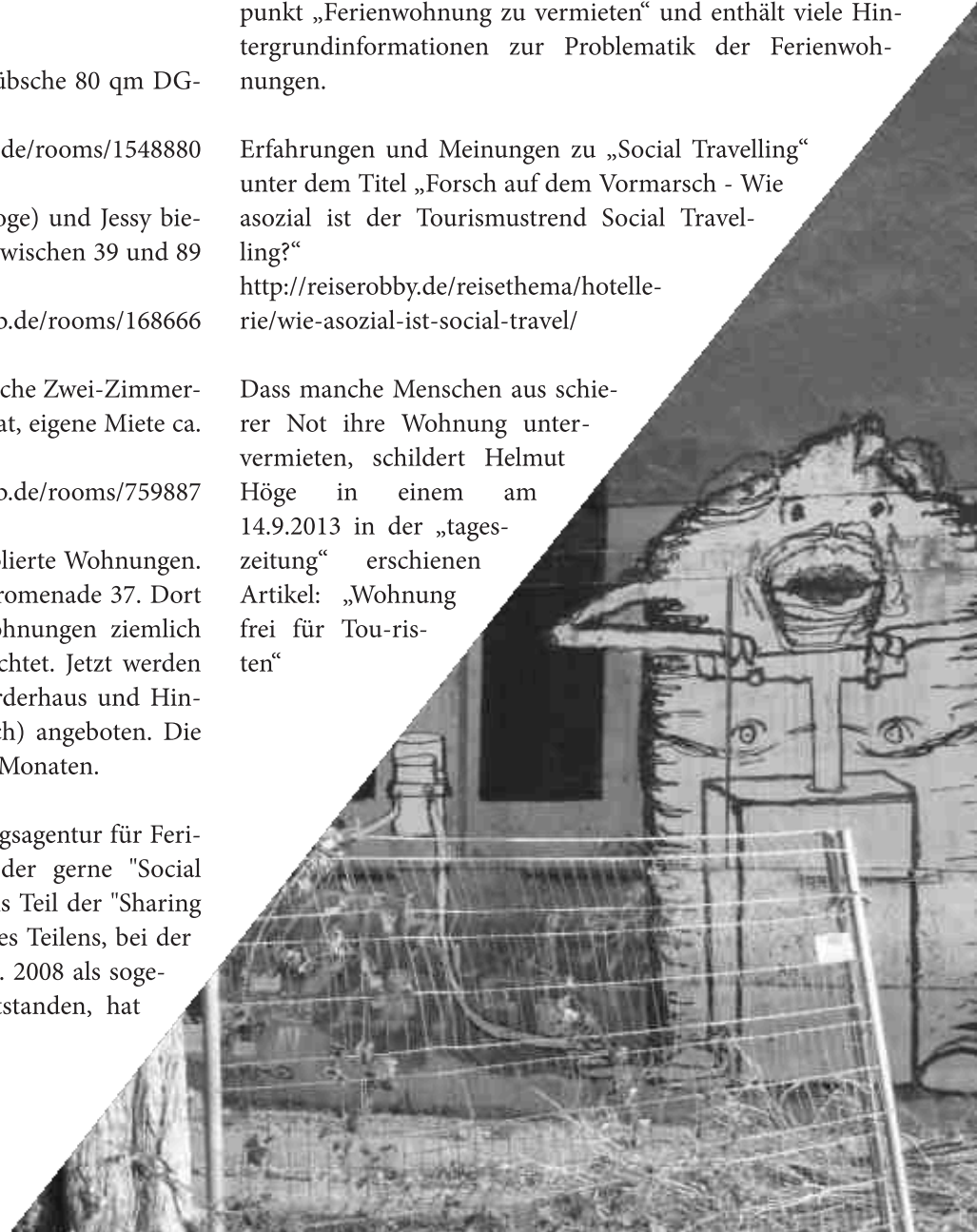
(„Neukölln: Selbstentfaltung und Schöngest halten Einzug in Berlins ehemaligem Arbeiterbezirk“)

Das Mieterecho Nr. 350 vom Oktober 2011 hat den Schwerpunkt „Ferienwohnung zu vermieten“ und enthält viele Hintergrundinformationen zur Problematik der Ferienwohnungen.

Erfahrungen und Meinungen zu „Social Travelling“ unter dem Titel „Forsch auf dem Vormarsch - Wie asozial ist der Tourismustrend Social Travelling?“

<http://reiserobby.de/reisethema/hotellerie/wie-asozial-ist-social-travel/>

Dass manche Menschen aus schiefer Not ihre Wohnung untervermieten, schildert Helmut Höge in einem am 14.9.2013 in der „tageszeitung“ erschienen Artikel: „Wohnung frei für Touristen“



Milieuschutzgebieten Mietobergrenzen festgelegt worden, die im Fall einer Modernisierung wirksam wurden. Es gibt aber zwei weitere Möglichkeiten, nämlich die Verhinderung der Umwandlung in Eigentumswohnungen und ein städtisches Vorkaufsrecht zur Abwehr überteuerter Modernisierungen. Beide werden in Berlin bislang nicht angewandt, was den Ruf des Milieuschutzes als zahnlöser Tiger begründet.

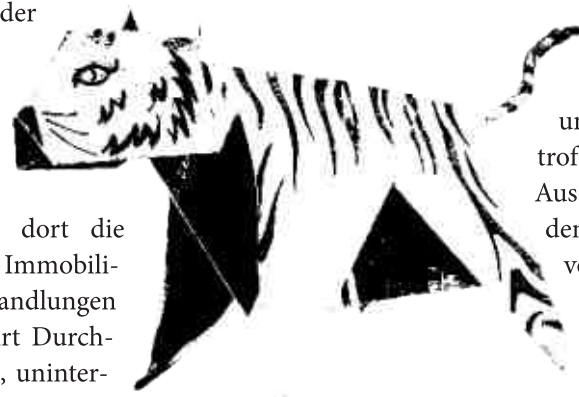
Das hindert manche Bezirkspolitiker_innen allerdings nicht daran, sich mit dem Luftnummer-Instrument zu brüsten und den Eindruck zu vermitteln, es würde sich um die Belange der Mieter_innen gekümmert.

Etwas anders sieht es hingegen in Hamburg oder München aus. In Hamburg gibt es eine von der Landesregierung erlassene Umwandlungsverordnung, die es den Bezirken erlaubt, in Milieuschutzgebieten gegen eine Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen vorzugehen. Damit werden dort die Wohnungsbestände für bestimmte Immobilienverwerter, die sich auf Umwandlungen spezialisiert haben und als eine Art Durchlauferhitzer der Aufwertung gelten, uninteressant gemacht. Der Prozess der Aufwertung und der steigenden Mieten kann so im Viertel verlangsamt werden.

Das Vorkaufsrecht wird in Hamburg und München von der Stadt ausgeübt. Wird ein Mietshaus an Immobilienentwickler_innen verkauft, die bereits durch mietpreis-treibende und Mieter_innen verdrängende Modernisierungen aufgefallen sind, so kann die Stadt in den Kaufvertrag eintreten und das Haus übernehmen – muss aber auch den vereinbarten Kaufpreis dafür zahlen. Anschließend kann das Haus an eine städtische Wohnungsgesellschaft oder an eine Genossenschaft übertragen werden, unter Auflage einer sozialverträglichen Bewirtschaftung. Das Ziel des Vorkaufsrechts ist allerdings nicht, möglichst viele Häuser zu übernehmen, sondern ein Drohpotenzial gegenüber den Hauskäufer_innen zu haben und sozialverträgliche Modernisierungen zu vereinbaren. Auf diesem Wege können individuell auch Mietpreisdeckelungen durchgesetzt werden – eine Art Wiedereinführung der abgeschafften Mietobergrenze durch die Hintertür? Dieses Instrument scheint jedoch den Trend zu steigenden Mieten in den Städten trotzdem kaum begrenzen zu können. Gerade München und Hamburg weisen nicht nur sehr niedrige Leerstände bei Wohnungen auf, sondern gehören in Deutschland zu den Städten, die extreme Mietsteigerungen aufweisen. (Mietstei-

gerung seit 2007: Hamburg 21,1 Prozent, München 14,7 Prozent / in der Rangliste der Städte mit den höchsten Mietsteigerungen steht Hamburg auf Platz 1, München auf Platz 6 und Berlin steht auf Platz 2 / örtliche Durchschnittsmiete Hamburg 7,39 Euro pro qm, München 9,74 Euro pro qm / durchschnittliche Forderung bei Neuvermietung 2012 Hamburg 9,20 Euro pro qm, München 12,50 Euro pro qm)

Nur, selbst wenn sich der Berliner Senat eines Tages dazu bewegen ließe, Umwandlungsverordnung und Vorkaufsrecht einzuführen – und selbst wenn er dafür auch die benötigten finanziellen und personellen Mittel zur Verfügung stellte: Welchen Nutzen hätte all dies in Neukölln? In einem Bezirk in dem Buschkowsky und Konsorten seit über 15 Jahren und ungebrochen auf Aufwertung dringen? In dem stets die Interessen der Mittelschicht das Maß der Politik sind und die Verdrängung, der von Armut Betroffenen das Kalkül der Politik darstellt? Aus anderen Bezirken ist bereits klar geworden, dass nur ein Milieuschutz wirkungsvoll sein kann, der vonseiten des Bezirksamts mit großem Engagement und politischem Willen zur Verhinderung von steigenden Mieten eingesetzt wird. In Neukölln ist dies schlichtweg nicht vorstellbar. Milieuschutz wäre hier dazu verdammt, als Aushängeschild der Bezirkspolitik



Von den einen wird es als wirksames Instrument gegen soziale Verdrängung angepriesen und herbeigeseht - andere bezeichnen es als Papiertiger ohne jeden Biss.

Mieter_innenfreundlichkeit zu suggerieren, ohne etwas zu bewirken. Damit wäre er sogar kontraproduktiv, drohte er doch dem Ruf nach Mieter_innenschutz den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Und so hängen eine sozial orientierte Mieter_innenbewegung und der Kampf gegen die sozialchauvinistische Neuköllner Bezirkspolitik wieder einmal direkt zusammen. So sehr wir uns auch Mittel zum Schutz der Mieter_innen mit kleinem Geldbeutel wünschen: Solange es im Bezirk salonfähig und Ziel der Bezirkspolitik ist, die von Armut Betroffenen zu bekämpfen, statt sie zu unterstützen, solange wird auch ein Milieuschutz hier kein hilfreiches Instrument für die dem Wohnungsmarkt ausgelieferten Mieter_innen sein. Es bleibt an uns, an einem Stimmungswandel zu arbeiten...

wertet die Aussage von A. Merkel „uns ist ein Fortsetzen des Mietverhältnisses nicht mehr zumutbar“, wie sie auch gemeint ist: „Sie haben also die Nase voll von ihren Mietern und wollen sie loswerden“, übersetzt er. Merkel zischt erbost und kopfschüttelnd auf und widerspricht, dass er das so nicht gesagt hätte, aber: „Das Vertrauensverhältnis ist ZERRÜTTET!, ZERRÜTTET!!!“. Als vom Richter nur ein trockenes „Na, entschuldigen Sie mal, ich hab das jetzt einfach mal so auf Neuköllnisch gesagt“ kommt, scheint bei Merkel Schluss zu sein. Mit zunehmender Gesichtsröte und lauter werdender Stimme, mutiert Andreas Merkel zum heimlichen „Champion“ des Gerichtssaals, und das, obwohl die Tendenzen des Richters schon für so einiges an positiver Aufmerksamkeit gesorgt haben. „Hier spricht man vielleicht so, aber ich komme aus Süddeutschland“, wettet der Münchner, gekoppelt an so etwas wie „Bei uns wissen sich die Menschen zumindest noch auszudrücken.“ (Leider war sein Gebrabbel nicht sehr gut zu verstehen, da die anwesenden Beobachter*innen sich das Lachen bei diesem Schauspiel dann doch nicht mehr verkneifen konnten). Auch wenn sich der erfahrene Richter ruhig gibt und zum wiederholten Male empfiehlt die Räumungsklage zurückzuziehen, da sie jeglicher Grundlage entbehre, liegt die Vermutung nahe, dass sich der „Jungunternehmer“ hier keine Freunde gemacht hat. Keine Freunde, aber vielleicht eine kleine, abstruse Art von Fangemeinschaft. Ich jedenfalls würde mir gewiss wieder einen Urlaubstag nehmen, um zu erleben, wie so ein schmierig wirkender Typ, der es sich herausnimmt mit dem Wohnraum der Menschen, in Berlin oder wo auch immer, Profit machen zu wollen, sein, vor Wut über eine Niederlage, puterrottes Gesicht zeigt.

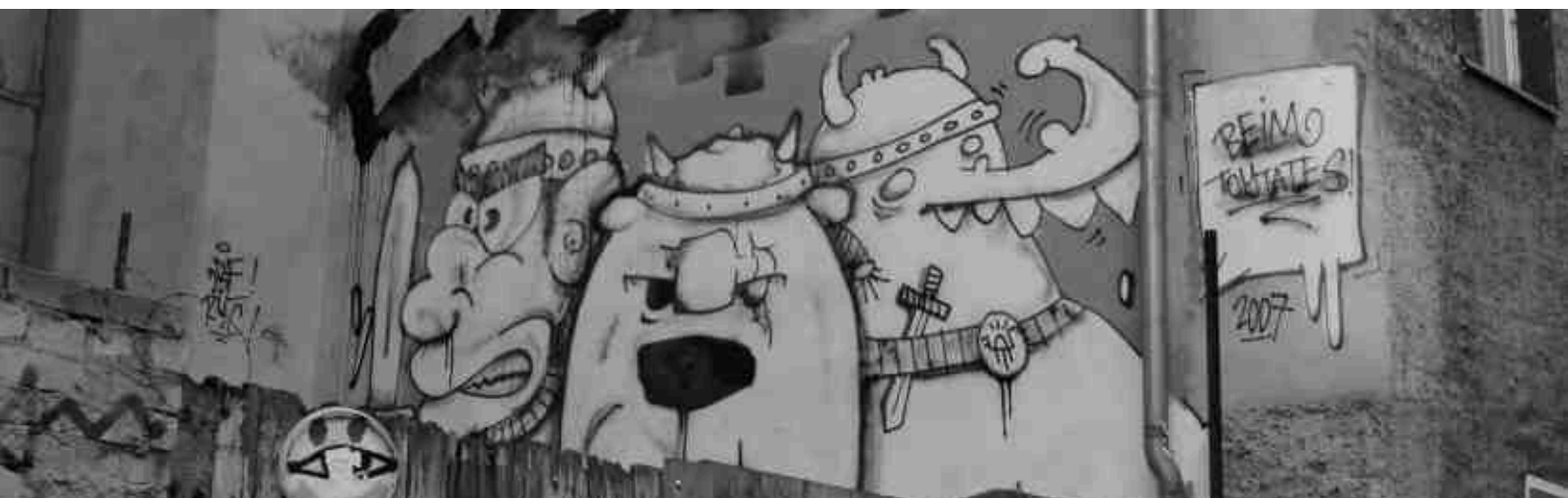
Das Gericht entschied an diesem Tag zugunsten der „Beklagten“ – der Vermieter hat quasi vor Gericht, auf Neuköllnisch, den „Arsch voll gekriegt“. Leider hindert ihn das nicht daran in die nächste Instanz zu gehen.

Es ist nur ein kleiner Sieg zwischen vielen Niederlagen, die leider weitaus spektakulärer und zahlreicher sind. Aber vielleicht liegt es auch genau daran, dass sich Menschen zusammenfinden und aktiv werden gegen Spekulation mit ihrem Wohnraum. Die Wut über die Zustände ist berechtigt, soviel ist klar. Vielleicht kommt eines Tages der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt.

Entschuldigt bitte den Pathos, trotzdem an dieser Stelle:
„Die Häuser denen, die sie brauchen!“

Wir sehen uns vor Gericht und auf der Straße.

.....
Neukölln schießt zurück, beim Tomates!
.....



erquickende Duscherlebnisse und entspannte Badeabende sorgen. Das Preisniveau des „Aufblühenden Neuköllns“ liegt bei 2.600 bis 3.800 €/qm.“

Es sollen 119 Eigentumswohnungen gebaut werden, keine Mietwohnungen.

Die Firma Ziegert vermarktet mit "Sozial Sponsoring" (= moderner Ablasshandel)

Bei solchen Projekten wollen natürlich viele dran verdienen: Investor_innen, Projektentwickler_innen, die Baufirma und auch die Ziegert Bank- und Immobilienconsulting, die hier für Vermarktung und Verkauf der Wohnungen zuständig ist. Ziegert ist bekannt für seine teuren, bis luxuriösen Neubauten, aber vor allem für seine Tätigkeit als Umwandler von Miet- in Eigentumswohnungen und der darauf folgenden Verdrängung der bisherigen Mieterinnen und Mieter. Die Aktivitäten seiner Firma haben ihm in den letzten Jahren viel Kritik beschert, von Zeitungsartikeln, über Kundgebungen vor dem Büro in der Schlüterstraße, bis hin zu militanten Aktionen gegen seine Immobilienprojekte, sei es mit Farbe, Steinen oder Feuer. Deswegen sah sich der Firmenchef immerhin im August 2012 zu einer öffentlichen Stellungnahmen in der "Immobilienzeitung" genötigt, in der er sich als sozialer Unternehmer in Abgrenzung zu "unseriösen" Geschäftemacher_innen darstellte. Deswegen begann Ziegert auch mit "Sozial Sponsoring": Die Berliner Obdachlosenzeitung "Straßenfeger" bekam im April 2013 eine "großzügige" Spende von 1100 Euro überreicht "Als verantwortungsbewusstes Berliner Wohnungsunternehmen, möchten wir denen helfen, die sich hier keine Wohnung leisten können."(Straßenfeger vom 15.04.2013) Ebenso wurde das Gründerzeitmuseum und der Seniorentreff "Herbstlaube" im Prenzlauer Berg im April mit Spenden bedacht. Nikolaus Ziegert erklärte: "Ein Stadtteil lebt nicht zuletzt von der Durchmischung der Milieus und der Generationen" (Prenzlauer Berg Nachrichten vom 24.04.'13).

Richtig los mit dem "Social Sponsoring" geht es jetzt mit diesem Neubau auf dem Gelände der ehemaligen Kindl-Brauerei. In Zukunft will das Unternehmen Ziegert "einen stärkeren, integrativen Ansatz bei der Entwicklung und dem Vertrieb von Wohnprojekten verfolgen". So wurden auch extra Mitarbeiter_innen dafür eingestellt und gleich 3 Beschäftigte begaben sich zu der Sitzung der Lenkungsgruppe der [Aktion! Karl-Marx-Straße] am 13. August, um dort die frohe Kunde vom künftigen Geldsegen für Neuköllner Projekte bekannt zu geben.

(Die [Aktion! Karl-Marx-Straße] ist zuständig für die Aufwertung der Karl-Marx-Straße und ihrer Umgebung)

"Frau Mummert (Ziegert Immobilien) erklärt, dass Ziegert-Immobilien 124 Eigentumswohnungen auf dem Kindl-Ge-



.....
Das zur Bebauung vorgesehene Gelände - im Hintergrund das Jobcenter Neukölln

lände (zwischen Sudhaus und Mainzer Straße) im Auftrag eines Investors veräußern will. Ziegert Immobilien bieten eine Spende von 400 €/WE und einen noch offenen zusätzlichen freiwilligen Betrag eines Käufers für Initiativen in der Umgebung an. Inhaltlich sei man offen und hoffe auf Ideen aus den Reihen der Lenkungsgruppe. Die Vergabe der Mittel solle durch eine Jury erfolgen und nicht allein durch Ziegert-Immobilien."

(aus dem Protokoll der Sitzung vom 13.08.2013).

400 Euro pro Wohneinheit sind immerhin schon mal fast 50.600 Euro. Diese Summe ist was anderes als die bisherigen Kleckerbeträge für soziale Projekte. Da werden wohl viele Projekte Schlange stehen, die keine staatliche Finanzierung mehr bekommen und die sich gerne kaufen lassen.

Wie dem Protokoll weiter zu entnehmen ist, entbrennt eine Diskussion mit offener Kritik, skeptischen Anmerkungen und Vorschlägen für eine "Sozial-Bindung" oder "durch eine Quersubventionierung innerhalb des Projekts, auch preisgünstige Mietwohnungen zur Verfügung zu stellen". Aber Frau Mummert(Ziegert-Immobilien) "betont, dass man erst am Beginn der Diskussionen stehe".

Auf der Sitzung vom 10.09.2013 waren Ziegert und der Neubau wieder Thema:

"Bezirksamt, City-management und BSG (Anm.: Brandenburgische Stadterneuerungsgesellschaft) haben wegen der auf dem ehemaligen Kindl-Gelände entstehenden Miet- und Ei-

Innenansichten aus dem Jobcenter

Viele Kunden des Jobcenters erleben ganz objektiv ihre Sachbearbeiter-Innen als Gegner, oder Schlimmeres, bis hin zu offenem Rassismus. Gerade vor diesem Hintergrund ist es aber notwendig sich auch genau anzuschauen, wie die Arbeit im Jobcenter organisiert ist und welche Zwänge sich aus dieser Struktur ergeben. Auch wenn sich bis jetzt die Meldungen vom offenem Aufstand der Mitarbeiter-Innen aus den Jobcentern in Grenzen halten, wollen wir uns der Seite der Mitarbeiter-Innen aus dem Jobcenter widmen.

Das Jobcenter

Über 500 Menschen arbeiten im Jobcenter Neukölln, damit diese gemeinsam nicht auf dumme Gedanken kommen gibt es für sie weder eine Kantine noch Pausenräume. Nach dem Skandal um die Statistik in 2001 der Bundesanstalt für Arbeit kam Mc Kinsey und trimmte die Behörde auf unternehmerische Effizienz und Wirtschaftlichkeit.

Seitdem gelten Sätze wie den, dass "wir unsere Ressourcen in unsere Kunden sinnvoll investieren". Gesteuert wird das Ganze mit Zielvorgaben

von der Zentrale der Bundesanstalt in Nürnberg und aus den Regionaldirektionen,

deren Einhaltung soll dieses Jahr mit 6.2 Millionen Euro belohnt werden, allerdings nur bis zum Teamleiter herunter, für die Beschäftigten unter den Teamleitern gibt es keine Prämien, dafür Druck. Jeden Tag dieselben Fragen, so schildert es ein Mitarbeiter: Wie viele Vermittlungen habt ihr gemacht? Und wenn es zu wenige waren: Was treibt ihr eigentlich den ganzen Tag?

Hierarchie

Ganz oben im Jobcenter sitzt der Geschäftsführer, darunter kommen dann die Abteilungsleiter, danach die Teamleiter-Innen und dann die einzelnen Teams. Diese bestehen aus bis zu 18 Personen, davon 4-6 QuereinsteigerInnen, aus Menschen mit einem Beamtenverhältnis, Angestellten die eine Ausbildung an der Verwaltungshochschule genossen haben und sogenannten Quereinsteigern die erst einmal befristet beschäftigt werden, von diesen schaffen es nur wenige in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis. So werden in den Teams die Konkurrenz geschürt alles um die Vorgaben einzuhalten. Alles wird den Zahlen die erreicht werden müssen untergeordnet. Die Zielvorgaben und deren Einhaltung wird kontrolliert

und verglichen, die Teams unter einander, die Abteilungen und dann noch die Jobcenter gegeneinander. So läßt sich auch noch Geld sparen, da ja immer der Vergleich mit dem sparsamsten Jobcenter gegeben ist, dadurch wurden im letzten Jahr 600 Mill Euro, die für Arbeitsmarktmaßnahmen vorgesehen waren, an den Bund zurück gezahlt. *Was die Vermittler tun, wird gezählt, beziffert, und am Ende sind es die Zahlen, nicht die Schicksale dahinter, die über alles entscheiden:* So wird die den Teamgesprächen den Sachbearbeitern vor Augen geführt wie schlecht sie dastehen im Vergleich mit anderem Teams und dann der Druck aufgebaut genauso erfolgreich zu sein. Dies geht von Gesprächen beim Teamleiter bis hin zu verdeckten Mobbing einzelner Sachbearbeiter-Innen. So werden zum Ende des Jahres noch mal schnell Menschen in Maßnahmen vermittelt, die diese objektiv nicht brauchen oder Menschen landen dann noch mal schnell bei 50+, wo auch nicht mehr als beim Jobcenter mit den Alten passiert, Hauptsache die Zahlen stimmen Dieses Klima der Angst und die zu hohen Anforderungen dürften auch mit ein Grund für die hohen Krankheitsrate von fast 30% im Jobcenter sein.

Der Bundesrechnungshof erhob zum Ende dieses Jahres den Vorwurf, die Bundesagentur manipulierte ihre Vermittlungsstatistik

Viele MitarbeiterInnen berichten darüber noch nie ein so schlechtes Arbeitsklima erlebt zu haben, die Arbeit von

kranken Kollegen muß von den noch verbleibenden MitarbeiterInnen mit abgedeckt werden, da nicht ausreichende Springer-Innen zur Verfügung stehen, so kann die Zahl der zu verwaltenden Kunden schon mal auf bis zu 300 hochschnellen. Auch die unterschiedlichen Arbeitsvertragsformen führen in den Teams nicht zu einem Miteinander, sondern zementieren die Spaltung. So gehen die Quereinsteiger mit einander zur Pause, die anderen machen es ebenso, alle bleiben unter sich. Niemand will vom der Teamleitung als Querulant identifiziert werden oder eine schlechte Beurteilung riskieren, denn davon hängt das weitere berufliche Fortkommen ab.

Vermittlung leicht gemacht

Um die Kontaktdichte einzuhalten (mindestens 20 Gespräche pro Tag a 15 Min) bedient sich das Jobcenter einer Einteilung ihrer Kunden in arbeitsmarktnah bis hin zu arbeitsmarktfrem, das sind dann Alte Schwerbehinderte und Kranke. So bekommen die Menschen mit der Arbeitsmarktnähe einmal die Woche einen Termin, die Arbeitsmarktfremden dann nur alle 6 Monate. So werden die Arbeitsmarkt nahen, weil sich so die

„Wir müssen weg von diesem Zwangssystem.“

Ein Interview zur Selbstorganisation von Erwerbslosen in der „Lunte“

Während der Hartz IV- Proteste entstand im Mai 2004 ein Erwerbslosentreff im Stadtteil- und Infoladen Lunte in der Weisestraße 53. Dort findet ein gemeinsames Frühstück statt, wo Erfahrungen ausgetauscht werden. Randnotizen sprach mit Erwerbslosen, die diesen Treffpunkt mitgestalten.

Randnotizen: Was ist Eure persönliche Motivation hierher zu kommen?

Karpfen: Selbst erwerbslos. Austausch. Information. Beratung. Unterstützung bei Schwierigkeiten, wenn es Fragen gibt.

Stefan: Wichtig ist, auch mal moralisch unterstützt zu werden. Normalerweise hast du das Problem, dass du als Erwerbsloser unter Druck stehst, angeblich Schmarotzer zu sein. Hier mußt du dich nicht rechtfertigen, du bist in einem Kreis von Gleichgesinnten.

Chris: Endlich normale Leute. Das Jobcenter haut auf uns drauf, um Niedriglöhne durchzusetzen. Man kann hier seine Sachen aus einer anderen Perspektive besprechen. Hier wird nicht auf einen draufgehauen.

Randnotizen: Wer kommt zum Erwerbslosentreff?

Stefan: Die Leute setzen sich aus zwei Gruppen zusammen. Einerseits Leute, die das erste Mal da sind, die akute Probleme haben. Da gibt es manchmal auch nicht so schöne Sachen, z.B. ausländerfeindliche Parolen, wogegen wir uns verwahren. Es gibt andererseits auch Leute, die eben öfter hier sind. Wir wollen eigentlich auch nicht immer die Feuerwehr spielen, sondern die Leute längerfristig organisieren und gegen die Schweinereien vom Jobcenter vorgehen. Das geht nur, wenn die Leute öfter kommen.

Gerd: Das hat sich geändert. Am Anfang war es ziemlich überlaufen, die wollten konkret ihre Hilfe haben und dann

blieben sie wieder weg. Damals gab es eine Hartz IV- Bewegung und hier neben dem Frühstück auch eine Sozialberatung.

Stefan: Es stimmt zwar, dass es weniger geworden ist, die Massen rennen uns inzwischen nicht mehr die Tür ein. Aber dafür ist mittlerweile unser Organisationsgrad viel höher. Wir haben viele Leute dabei, die sich ziemlich massiv gegen die Zumutungen des Jobcenters wehren. Es kommen aber auch Leute, die ihre Rechte noch gar nicht kennen.

Randnotizen: Mit welchen Problemen kommen die Erwerbslosen?

Karpfen: Es ist alles vertreten. Eingliederungsvereinbarung. Unterschreiben. Nicht unterschreiben. Verwaltungsakt. Miete. Kosten der Unterkunft.

Stefan: Sanktionen.

Chris: Maßnahmen. Viele sagen: Ich will aus der Maßnahme raus.

Karpfen: Bewerbungstrainings. Es ist die gesamte Bandbreite.

Randnotizen: Könnt Ihr denn helfen?

Chris: Uns ist Hilfe zur Selbsthilfe wichtig. Auf gleicher Augenhöhe. Kein Expertentum von oben, wir wollen uns gegenseitig befähigen, uns gemeinsam wehren. Manchen liegt diese Form, die kommen immer wieder. Andere, die es gut finden, einen Experten zu haben, der sie immer wieder berät, verweisen wir dann irgendwann an Beratungsstellen.

Randnotizen: Was sind die größten Schwierigkeiten?

Karpfen: Das Geld für das Frühstück jedes mal wieder zusammenzubringen.

Stefan: Wir machen das selbstorganisiert. Wir müssen jeweils das Geld für das nächste Frühstück in der Runde sammeln. Wir haben immer viele Leute, die gerne nur konsumieren. Es



**Hartzer Roller**

Weitere Infos: <http://www.hartzerroller.de>

Offenes Treffen der verdi- Erwerbslosen

2. und 4. Donnerstag um 17.30 Uhr
ver.di-Haus Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin
6. Stock Raum 6.06

Weitere Beratungsmöglichkeiten**Sozialberatung der Berliner Mietergemeinschaft**

- Jeden Montag von 16-18 Uhr in der
Sonnenallee 101 (nur für Mitglieder BMG)
- Jeden Mittwoch von 13-16 Uhr in der
Sonnenallee 101 (für alle)
- Jeden Freitag von 15-17 Uhr in der
Sonnenallee 101 (nur für Mitglieder BMG)

Basta: eine unabhängige Erwerbsloseninitiative im Wedding

Die Beratung ist mittwochs von 10 bis 13 Uhr (Englisch, Spanisch, Deutsch) und donnerstags von 15 bis 18 Uhr in der Schererstraße 8. <http://basta.blogspot.eu>

Zur Geschichte der Erwerbslosenbewegung

„Wir wollen 1500 DM für ALLE (mit Inflationsausgleich und keine faulen Tricks) statt Arbeit für alle“ war im Dezember 1982 auf einem Flugblatt der Schwarzen Katze zu lesen. Schwarze Katze war die „Initiative Arbeitsloser-Sozialhilfeempfänger-Jobber-Ausländer“ aus Hamburg und eine von vielen Erwerbslosengruppen dieser Zeit in der BRD. Die Anfänge der Erwerbslosengruppen lagen in den 1970er Jahren – als sich nach einer längeren Pause erstmals wieder Arbeitsloseninitiativen gründeten – und damit in einer Zeit, in der die Anzahl Erwerbsloser in der BRD wieder auf über eine Millionen Menschen angestiegen war.

Auf die Krise der Arbeitsgesellschaft erfolgten Massenentlassungen. Verbunden wurde das mit der Entwicklung neuer Technologien und der stärkeren globalen Verlagerung der Produktion in den 1970er und 80er Jahren, was unterschiedliche Folgen hatte: die Erhöhung der Arbeitslosenzahlen in der BRD, eine verstärkte weltweite Konkurrenz unter den Arbeiter_innen und damit zusammenhängend eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse auch in der BRD. Ungeschützte und schlechtbezahlte Arbeitsverhältnisse breiteten sich in den 80er Jahren immer stärker aus. Immer mehr Arbeiter_innen bekamen nur befristete Teilzeit- oder Werkverträge, arbeiteten (schein)selbstständig oder wurden in Leiharbeit und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gezwungen. Als diese Strukturen der Zeitarbeit und der Niedriglohnsektor ausgeweitet wurden, begannen sich auch die in diese Bereiche ge-

zwungenen Jobber_innen immer stärker gemeinsam mit den Erwerbslosen zu organisieren. Denn auch sie hatten oft nicht genug Geld zur Verfügung, um ihre Existenz zu sichern und waren zudem weder für den Fall von Krankheit noch für das Alter versorgt. Die so entstehenden Arbeitsloseninitiativen – die später zu Erwerbsloseninitiativen wurden – bildeten sich teilweise im Umfeld der Kirche oder waren unabhängig organisiert, selten standen sie den Gewerkschaften nahe. Vor allem die unabhängigen Initiativen waren Teil einer größeren gesellschaftskritischen sozialen Bewegung, zu der auch die Anti-AKW-Bewegung, die Anti-Militarismus-Bewegung und die Hausbesetzer_innen zählten, sie bezeichneten sich als Erwerbsloseninitiativen.

Die 80er Jahre

Die Erwerbslosengruppen waren in erster Linie lokal organisiert, in den jeweiligen Stadtteilen der größeren Städte, aber auch in kleineren Orten. 1982 fand der erste Kongress aller Arbeitsloseninitiativen und der neuen Erwerbsloseninitiativen der BRD in Frankfurt am Main statt. Auf diesem Kongress versammelten sich kirchliche, gewerkschaftliche und unabhängige Erwerbslosengruppen, um gemeinsame Inhalte, Forderungen und ihr praktisches Vorgehen zu diskutieren. Auch wenn die lokalen Erwerbslosengruppen weiterhin unabhängig entscheiden und agieren konnten, wurde durch die bundesweite Vernetzung eine Zusammenarbeit und Unter-

Die Forderung nach einer gesicherten Existenz wurde von Formen praktischer Aneignung der lebensnotwendigen Dinge begleitet. Die Schwarze Katze formulierte diese Aneignung so:

1. Vollständiges Ausnutzen der sozialen Hängematte: Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe, Wohngeld, Kuren, Krankengeld
2. Den Reichtum dort holen, wo er angesammelt ist, statt sich ausbeuten zu lassen: Selbstbedienung in großen Läden, Banken, Versicherungen, Nulltarif bei Verkehrsbetrieben, Wohnungen, Selbstbedienung in Fabriken und Büros – so gut wie's eben geht. Um es noch mal deutlich zu sagen: wir meinen dabei nicht, sich untereinander zu beklaunen, sondern die, die uns ausbeuten.

Sich zu nehmen, was Frau_Mann zum Leben braucht, pasierte einzeln, aber auch gemeinsam, beispielsweise während der „Nulltarif-Aktionswochen“ 1985 und 1987 in Hamburg, an denen sich sowohl unabhängige als auch der Kirche oder Gewerkschaften nahestehende Erwerbslosengruppen beteiligten. In dieser Zeit gingen Erwerbslose gemeinsam in Kinos, Theater, in den Zoo und andere Orte, ohne dafür zu bezahlen. Durch diese Aktionen nahm sich die Erwerbslosenbewegung ihr Recht auf den gesellschaftlichen Reichtum, dessen Umverteilung sie anstrebte.

Und heute?

Wenige der lokalen Gruppen als auch Strukturen der bundesweiten Vernetzung blieben bis heute bestehen. Die Organisation von Erwerbslosen ist ein Wechselspiel von starker politischer Organisation, oft in Zeiten besonders gravierender sozio-ökonomischer Einschnitte, und dem Versuch diese Strukturen vor dem Zusammenbruch zu bewahren. „Es ist schwierig für immer arm zu bleiben bzw. sich dauerhaft den staatlichen Zwangsmaßnahmen zu entziehen“ erklärt ein ehemaliger Aktivist der Erwerbslosenbewegung der 1980er, „deshalb ist es für Erwerbslosengruppen – als eine Organisation von Betroffenen – eben auch schwierig über Jahre hinweg aktiv zu bleiben.“ Wenn auch heute ganz konkret vieles anders ist als in den 1980er Jahren – HartzIV, immer härtere Sanktionsmaßnahmen für Erwerbslose, starke Verbreitung von Leiharbeit und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – und die Organisation nicht mehr wie in den 1980ern funktioniert, gilt immer noch, was auf dem ersten Erwerbslosenkongress 1982 formuliert wurde: „Wenn das System in seiner heutigen Form die Sicherung unserer Existenz nicht aushält, dann muß es verändert werden!“

FAU*IAA Freie ArbeiterInnen-Union

Die FAU Berlin ist eine unabhängige Basisgewerkschaft. Sie ist bundesweit in der Gewerkschaftsföderation



FAU organisiert, die wiederum Teil der Internationalen ArbeiterInnen-Assoziation (IAA) ist. Tretet bei, bringt euch ein, werdet aktiv.

FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin
U-Bahn Rosenthaler Platz oder Rosa-Luxemburg-Platz
Mail: faub-kontakt@fau.org
Web: berlin.fau.org

Offenes Büro: Jeden Freitag 17-20 Uhr

V.i.S.d.P.: M. Weise, c/o FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin

SEKTION HARTZ-IV- KOMPLEX der FAU Berlin



**Ich soll dem Paragraphenkram
mich noch in Fesseln fügen.
Sich fügen heißt lügen.
(Erich Mühsam, 1919)**

Wozu es führt, wenn diskriminierende Kommentare als freie Meinungsäußerung durchgehen, dafür ist Marzahn-Hellersdorf ein Beispiel. Am Tag des Einzugs der ersten Geflüchteten in die Unterkunft war es nötig, dass ein größeres Polizeiaufgebot und auch eine größere Gruppe von Antifaschist_innen bis in die Nacht vor Ort waren, damit es nicht zu Übergriffen auf die Geflüchteten kommt. Angriffsversuche gab es dennoch. Und bis heute ist Wachschutz in größerer Anzahl vor Ort. Auch die benachbarte Alice-Salomon-Hochschule, einige Gruppen von Anwohner_innen und antirassistische Initiativen versuchen das Umfeld durch Unterstützung, Präsenz im Lager und antirassistische Positionierung etwas weniger gefährlich, gewaltvoll und traumatisierend für die Geflüchteten zu gestalten. Doch wie der Anschlag auf das Lager in der diesjährigen Silvesternacht und der eine Nacht zuvor auf die Räumlichkeiten der Unterstützungsgruppe "Hellersdorf Hilft" zeigen, ist das noch ein langer Weg.

Britz

Als der Stadtteil Britz in Berlin Neukölln 2012 erstmals als Ort für ein neues Lager diskutiert wurde, machte die ansässige NPD und andere rechte Strukturen mit Flugblättern, Internetaufrufen und Kundgebungen bereits rassistische Stimmung. Für einige Zeit wurde es dann ruhig um die Lagerpläne in Britz, bevor sie im Juni 2013 wieder auf die Tagesordnung gesetzt wurden.

Da laut Bezirk keine bezirkseigenen Grundstücke oder Gebäude als Unterkunftsmöglichkeiten für Geflüchtete zur Verfügung stehen, wurde die Neue Späthstraße in Britz – direkt an der Autobahn – für den Bau einer solchen Unterkunft gewählt. Im Frühjahr 2014 sollen dort die ersten Geflüchteten einziehen. Als frühzeitige Gegenreaktion auf die rassistische Stimmungsmache der NPD und ihrer Anhänger_innen in Britz, trat das aus Anwohner_innen bestehende Bündnis „Hufeisern gegen Rechts“ an die Öffentlichkeit und lud für den 12.09.2013 zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung mit Podium in der Fritz-Karsen-Schule ein. Auf dem Podium saßen der Bezirksstadtrat für Soziales Bernd Szczeplanski, Biplab Basu von der Opferberatungsstelle ReachOut, der Präsident des Landesamtes für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) Franz Allert, Georg Classen vom Flüchtlingsrat Berlin und Frau Schwender von der Diakonie. Die Veranstaltung war mit ca. 600 Teilnehmer_innen voll bis zum letzten Platz.

Schon beim Anstehen in der Schlange vor den Türen der Schule fiel mir ein Zettel auf, der an mehreren Stellen im Eingangsbereich aufgehängt wurde. Dort war zu lesen, dass rassistische und antisemitische Äußerungen auf der Veranstaltung weder willkommen sind, noch geduldet werden. Anders als in Hellersdorf positionierte sich die veran-

staltende Gruppe „Hufeisern gegen Rechts“ von Anfang an gegen Rassismus. Auch in der Veranstaltung kamen viele rassistisch-kritische Stimmen zu Wort, allen voran Biplab Basu. Er sprach über Ängste und Gefahren – zur Abwechslung jedoch mal nicht mit Bezug auf die weißen Anwohner_innen – für Geflüchtete, die an einen Ort ziehen müssen, an dem sie permanent und real um ihre Gesundheit und ihr Leben fürchten müssen.

Der zukünftige Betreiber des Lagers PeWoBe geriet erst im Oktober 2013 wieder in die Kritik, weil er im Lager Grünau keine Deutschkurse mehr dulden wollte, da diese zu politisch seien.

In diesem Zusammenhang erinnerte Basu auch an die Pogrome der 1990er Jahren, vor allem Rostock-Lichtenhagen. Er sprach von rassistischen Morden und Übergriffen, um zu betonen, dass alles dafür getan werden muss, um so etwas in Britz zu verhindern. Auch Classen und Schwender äußerten sich kritisch was die Wohn- und Versorgungssituation von Geflüchteten in Berlin angeht.

Die Nachfragen und Kommentare des Publikums waren ebenfalls meist kritisch. Die Anwohner_innen fragten beispielsweise danach, wie der Bezirk den Schutz der Geflüchteten und der sie unterstützenden Anwohner_innen gewährleisten möchte. Andere erkundigten sich nach dem Zustand der Unterkunft, in dem die Geflüchteten leben werden müssen und kritisierten die schlechte Situation in anderen Lagern und die Profitinteressen, der lagerbetreibenden Unternehmen.



Zusammenleben im Kiez

Im September 2013 gab es eine Anfrage aus der Redaktion der „Promenadenmischung“ (Zeitung des QM Schillerpromenade), für ihre im Oktober erscheinende Ausgabe einen Artikel zu schreiben. Das wurde getan, aber der Artikel wurde nicht veröffentlicht, weil er dem Team des Quartiersmanagement nicht gefiel. Es könnte auch gesagt werden, er passierte die Zensur nicht. Deshalb hier der Text.

Frei nach Wilhelm Busch: "Es kann der Mensch nicht in Frieden leben wenn es dem lieben Nachbar nicht gefällt." Das lässt sich heute auf die Akteure im Kiez übertragen. Einer davon ist das QM (Quartiersmanagement) im Schillerkiez.

Das Dilemma beginnt schon mit der Gründung eines QM. Dafür müssen zunächst mehrere Probleme bzw. Problemgruppen bestimmt werden, die da wären: ein zu hoher Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, ein überdurchschnittlicher Anteil von Arbeitslosen, Armut und Abhängigkeit von Transferleistungen.

Dadurch wird ein Kippen der Kieze befürchtet und die soziale Mischung in Gefahr gesehen. Erstaunlich nur, dass noch niemand etwas davon gehört hat, dass die vielen Reichen in Zehlendorf ihre Kieze zum Kippen bringen und wie dort dann die soziale Mischung wieder hergestellt wird. Wahrscheinlich bekommen dann Hartz-IV BezieherInnen Eigentumswohnungen in Zehlendorf geschenkt, damit die Mischung wieder stimmt.

Um diese ominöse Mischung dreht sich alles. Es ist nirgendwo festgeschrieben wie viel von wem denn eigentlich diese Mischung ausmachen, es wird immer nur dann an den Start gebracht, wenn von Problemgruppen die Rede ist. Da ja nun das QM nicht über Nacht alle Armen ihres Kiezes zu Vermögenden machen kann, bleibt nur, dass die Anteile der jeweiligen „Problemgruppen“ im Kiez gesenkt werden müssen. Auf gut Deutsch: Die müssen weg. Dafür gibt es dann auch die passenden Verwaltungsvorschriften. Darin steht unter anderem: „die Stabilisierung der Berliner Bevölkerung und dem Erhalt der sozialen Mischung durch die Sicherung der Attraktivität und der dauerhaften Marktfähigkeit von Quartieren“.

Das QM hat also den Auftrag, den Kiez so zu entwickeln, dass die Mieten steigen um so über die Marktmechanismen das Feld für solventere MieterInnen zu bereiten. Dieses Ziel kann folgerichtig, wie beim QM Schillerkiez, besser durch die Brandenburgerische Stadtentwicklungsgesellschaft als QM

Trägerin und mit einer Architektin als Leiterin umgesetzt werden. SozialarbeiterInnen würden nur stören bei einer Lösung mit marktformigen Konzepten.

Das QM im Schillerkiez in Person von Frau Schmiedeknecht, in Zusammenarbeit mit der RichterIn Heise und unserem Dorfschulzen Herrn Buschkowsky setzte auf offene rassistische Hetze gegen Roma im Kiez, um das Projekt Task Force Okerstraße einzurichten. Dazu schrieben wir in den Randnotizen Nr. 5 folgendes: *Im Strategiepapier steht, dass es darum geht „allen Bewohnern ein Leben in einem sicheren und sauberen Wohnumfeld zu ermöglichen“, in dem gegen Trinkergruppen, Romafamilien und psychisch Erkrankte polizeilich vorgegangen wird und SozialarbeiterInnen Angaben über den Aufenthaltsstatus von BewohnerInnen im Kiez herausfinden und an die Task Force weiterleiten sollen. Wenn jetzt bei der Vorstellung der Broschüre zur Task Force Okerstraße Herr Mengelkoch dieses Projekt als erfolgreich darstellt, entlarvt sich noch einmal die Kurzsichtigkeit dieses Projektes, das auch nach dem Prinzip aus den Augen aus dem Sinn funktioniert. Die Roma sind aus den „Problemhäusern“ der Okerstraße verschwunden und tauchen nun ein paar Straßen weiter in der Hartzstraße wieder auf, aber das ist ja nicht mehr der Schillerkiez. Heute beträgt die Preis bei Neuvermietung in dem ehemaligen „Problemhaus“ 10,50 € pro Quadratmeter.*

2013 wurde das QM Schillerpromenade aufgewertet zu einem Gebiet mit mittlerer Intervention erklärt. Vielleicht war das mit ein Grund, warum Frau Schmiedeknecht sich eine neue Betätigung in Spandau suchte.

Eine Änderung der Ausrichtung der Arbeit des QM ist indes nicht zu erwarten (der politische Auftrag ist ja immer noch derselbe), so wird auch in dem neuen Handlungskonzept für 2013 die Entwicklung im Schillerkiez positiv bewertet – eine Verdrängung im Schillerkiez kann das QM noch immer nicht erkennen. Das muss den Roma aus der Okerstraße oder den ehemaligen MieterInnen aus der Allerstraße, deren Wohnungen als Eigentumswohnungen von dem netten Spekulant aus dem Kiez, der Firma Tarsap, verkauft werden, wie Hohn vorkommen. Es wird sich weiterhin viel Mühe gegeben, dem QM einen sozialen Anstrich zu geben, hinter dem das wahre Gesicht versteckt wird, mit Nachhilfe, Unterricht, der Aufwertung von Spielplätzen und vielem mehr.

Für die nachbarschaftlichen guten Beziehungen setzt das QM weiter auf die Bürgerbeteiligung. Der Name ist dabei Programm es darf sich beteiligt werden, es gibt aber fast nichts zu entscheiden. Das macht das QM in der Steuerungsrunde zu-

Kurz und knackig

Stand: Mitte Dezember 2013

Aufwertung für Alle - geht das?

Unter diesem Titel fand im Rahmen der vom Quartiersmanagement Schillerpromenade organisierten "Woche des Besuchs" am 22. Oktober eine Diskussionsveranstaltung in der Genezareth-Kirche am Herrfurthplatz mit etwa 60 interessierten Anwohnerinnen statt. Auf dem Podium sassen u.a. der Neuköllner Baustadtrat Blesing und der Geschäftsführer Malter der Wohnungsbaugesellschaft Stadt & Land. Sie bekamen von Anfang an zu spüren, dass etliche Besucherinnen von ihnen nichts Gutes erwarten. Ihr lautstarker Protest richtete sich gegen ihre Mittäterschaft bei Ausgrenzung, Verdrängung und Zwangsräumungen, die sie in beispielen und anhand ihrer Erfahrungen deutlich machten. Malter und Blesing hatten dazu wenig bis gar nichts zu sagen. Aufwertung für alle geht gar nicht, wenige werden profitieren, die meisten aber verlieren. CDU und SPD wollen Menschen mit mehr Geld in den Norden Neuköllns locken, damit die Steuereinnahmen wieder sprudeln, dass dabei Menschen mit geringen Einkommen, Arme, Alte und andere "Überflüssige" vertrieben werden, interessiert nicht.



Nachbarschaftstreff Schillerkiez

Seit einigen Jahren gibt es auf Initiative des Quartiersrates Schillerpromenade Bestrebungen für einen offenen Treffpunkt für Menschen im nördlichen Schillerkiez. Am 25. Januar 2014 sollen die Räume in der Mahlower Straße 27 offiziell eröffnet werden. Träger_innen ist das Nachbarschaftsheim Neukölln in Kooperation mit dem Verein Kiez in Aktion, der das Ganze mit vorangetrieben hat. Dann besteht die Möglichkeit, die Räume für Veranstaltungen und Treffen zu nutzen, Beratungsangebote wie z.B. die Mieter_innenberatung wahrzunehmen und selbst Ideen einzubringen.

Infos unter www.kiez-aktiv.info

Bündnis für bezahlbare Mieten Neukölln

Auf Initiative von Vertreter_innen des Quartiersrates Reuterplatz fand im August im Campus Rütli eine von über 100 Menschen besuchte Veranstaltung zu "Mieten und Verdrängung in Neukölln" statt.

Es wurden viele Informationen ausgetauscht und seitdem trifft sich alle 2 Wochen ein "Mientisch", der über mietenpolitische Forderungen und Aktionen diskutiert. Dabei wird aber zu sehr auf die Politik vertraut und gehofft, mit vernünftigen Appellen an die Bezirkspolitiker_innen etwas erreichen zu können. Deshalb sind die Hauptaktivitäten bisher auch die Besuche von Ausschusssitzungen im Bezirksamt, aber im Februar 2014 soll auch wieder eine große Veranstaltung mit dem Schwerpunkt Milieuschutz, Zweckentfremdungs- und Umwandlungsverordnung stattfinden.

Infos www.mietenbuenndnis.de



Immobilien-News

Akelius kauft weiter im Schillerkiez

Die Immobilienfirma Akelius, bekannt durch Sonderangebote wie Kaltmieten für 14 Euro pro m² (Schillerpromenade 25), führt ihre Strategie fort, langfristig Häuser im Schillerkiez zu erwerben. Nachdem bereits die Häuser Allerstr. 7 und Allerstr. 43 und das Eckgebäude Okerstr. 35 / Schillerpromenade 25 in ihrem Besitz sind, hat Akelius nun zwei neue Objekte gekauft.

1. das Eckhaus Okerstr. 40 / Weisestr. 34 mit der im Erdgeschoss gelegenen Bar "Frollein Langner". Über immobilenscout24 wird hier bereits eine 2-Zimmer-Wohnung von 54 m² für eine Kaltmiete von 12,07 € pro m² angeboten.
2. der Gebäudekomplex Allerstr. 30-32 / Lichtenrader Str. 37-38

In Schreiben an die Mieter_innen der beiden Häuser versichert Akelius, dass die bestehenden Mietverträge nicht gefährdet sind. Das mag so auch zutreffen, denn Akelius hat Zeit. Aber sobald eine Wohnung frei wird, wird sie aufgemotzt und möglichst teuer neu vermietet.



Mähren-Gruppe und die Weisestr. 18

Das Haus Weisestr. 18 hat seit Juni 2013 einen neuen Besitzer_innen, die Mähren-Gruppe, die gerade kräftig auf Einkaufstour in Neukölln ist. Seitdem gab es eine Zwangsräumung und 4-6 Mieter_innen, natürlich Harzer_innen und Migrant_innen, denen auf teilweise sehr dubiose Weise das Mietverhältnis gekündigt worden ist. Weitere Mieter_innen befürchten die Kündigung. Auf ein anberaumtes Treffen der Mieter_innen im Hof wurde von der Mähren Gruppe mit einem offenen Brief reagiert, in dem massiv gedroht wurde. So soll eine Anzeige bei der Polizei gestellt worden sein wegen "Mobilmachung und Denunziation" und dem/der Organisator_in dieses Treffens ist mit fristloser Kündigung gedroht werden.

Go-in bei Stadt & Land

Am Mittwoch, den 25.09.2013, um 11 Uhr wurden sechs Wohnungsbaugesellschaften von Aktivistinnen und Aktivisten besucht und dabei der generelle Stopp von Zwangsräumungen gefordert. Auch die „Stadt und Land“-Hauptgeschäftsstelle in Neukölln bekam Besuch von etwa 20 Menschen, die dort eine Zwangsräumung als Performance durchführten. Damit wurde die Brutalität alltäglicher Zwangsräumungen dargestellt. Dem anwesenden Kommunikationschef Adam Hadamczek wurde eine Erklärung über einen sofortigen Zwangsräumungsstopp bei Stadt und Land zur Unterschrift vorgelegt, die er verweigerte.

Video auf Youtube: www.youtube.com/watch?v=fDetZtJGVIA

WG-Platz zum Wuchertarif

Die Firma Medici Living in Kreuzberg hat ein Super-Geschäftsmodell: "Die Medici Living GmbH entwickelt und betreibt innovative Wohnraum-Konzepte in Berlin." Sie kaufen Häuser und Wohnungen und betreiben dort Wohngemeinschaften. Mit der hauseigenen Website wgberlin.net werden diese Wohnungen dann vermittelt. In Friedrichshain-Kreuzberg gibt es z.B. ein WG-Zimmer mit 10 qm für nur 430 Euro. In Neukölln boten sie Anfang Dezember 2013 genau 10 Zimmer an, z. B. in der Sonnenallee 99 gab es ein 9-qm Zimmer für nur 390 Euro. Da schreibt auch die BZ am 5. 12. in einem Artikel von „Mieter-Abzocke“ und „Wucher-WG“ im Titel des Textes.



„Am nötigsten brauchen wir eine feste Wohnung“

Die alte, baufällige Eisfabrik in Berlin Mitte war seit mehreren Jahren von Menschen bewohnt, die in Berlin keine Wohnung gefunden hatten. Da die Eigentümerin des Gebäudes Telamon GmbH die Bewohner_innen nicht räumen lassen wollte, ist der Bezirk Mitte vor das Verwaltungsgericht gezogen.

Dieses hat entschieden, dass die Eisfabrik geräumt werden soll, da es zu gefährlich sei sich darin aufzuhalten. Gleichzeitig hat das Verwaltungsgericht aber auch betont, dass der Bezirk Mitte sich dann darum kümmern müsse die Leute danach unterzubringen.

Am 27. Dezember 2013 wurden die über 30 Bewohner_innen der Eisfabrik in Berlin Mitte zwangsgeräumt. In der Nacht zuvor hatte es einen Brandanschlag auf die Eisfabrik gegeben. Aus Angst vor weiteren Anschlägen und aufgrund der Bedrohung einer Räumung der Eisfabrik durch die „Schläger_innen in grün“, hatten die Bewohner_innen das Gebäude am 27. Dezember 2013 verlassen. Der Großteil von ihnen hat daraufhin eine Nacht in einer Kirche übernachtet. Bis zum 9. Januar 2014 war es für 23 der ehemaligen Eisfabrik-Bewohner_innen möglich in einem Hostel in Friedrichshain zu schlafen. Am 8. Januar gab es ein Gespräch zwischen den ehemaligen Bewohner_innen der Eisfabrik, dem Bezirksbürgermeister Hanke und dem Sozialstadtrat Dassel. Hier machten die Politiker_innen klar, dass sie sich nicht mehr verpflichtet fühlen für die von ihnen verursachte Obdachlosigkeit von mindestens 23 Personen eine angemessene Wohnung zu finden. Hanke hat das mit dem „Gleichbehandlungsgrundsatz“ begründet. Für ihn bedeutet das aber nicht, dass er alle Menschen gleichbehandeln will. Was er will ist die Gleichbehandlung von Obdachlosen. Und das heißt dann anscheinend, dass der Bezirk Mitte überhaupt nicht bereit ist dafür Verantwortung zu übernehmen, dass von Obdachlosigkeit betroffene Menschen ein menschenwürdiges Zuhause haben. Stattdessen tut er so, als sei die

Forderung danach ein Verlangen nach unrechtmäßiger Besserbehandlung. Will Hanke demnächst alle Armen auf die Straße setzen, um sie alle gleich zu behandeln?

Während der Bezirk versucht das eigene ekelhafte Verhalten mit absurden Gründen zu rechtfertigen, kämpfen die ehemaligen Bewohner_innen der Eisfabrik weiter. „Am nötigsten brauchen wir eine feste Wohnung, denn ohne Wohnung keine Arbeit“, sagt einer von ihnen. Die ehemaligen Bewohner_innen der Eisfabrik und ihre Unterstützer_innen fordern deshalb: „eine dauerhafte, menschenwürdige Unterbringung für alle Bewohner*innen, mit der Möglichkeit der Einrichtung einer Meldeadresse.“ Gemeinsam hatten sie den Bezirk mehrmals dazu aufgefordert ihnen ein leerstehendes Gebäude in öffentlicher Hand zur Verfügung zu stellen. Obwohl es leerstehende städtische Wohn- und Gewerberäume gibt, lehnten Hanke und Dassel diesen Vorschlag ab. Stattdessen wird den Bewohner_innen geraten sich eine Notunterkunft zu suchen. Aber die ohnehin schon überfüllten Notunterkünfte sind keine Lösung für von Obdachlosigkeit Betroffene, die dann noch um die unzureichenden Plätze konkurrieren sollen. Auch wenn die Wohnsituation in der Eisfabrik schlecht war, stecken die ehemaligen Bewohner_innen jetzt in einer noch größeren Misere. Denn der Staat hat sie zu Obdachlosen gemacht.



.....
Nun steht die Eisfabrik wieder leer - eine Sanierung steht auch nicht an.

hatte, sich am Freitag öffentlich auszog und begann, sich selbst mit einem Messer zu verletzen.' Die Berliner Zeitung schrieb sogar von 'aggressiver Schizophrenie'.

Erklärt wird das 'verrückte' Verhalten von Manuel F. also mit seiner Diagnose. Es wird ein Bild von 'psychisch Kranken' als angsteinflößenden, gefährlichen, verwirrten und unzurechnungsfähigen Menschen gezeichnet. Nach der Persönlichkeit des Polizisten, der Manuel F. erschossen hat, nach seinen 'aggressiven Persönlichkeitsanteilen' oder 'destruktiven Impulsen', wird nicht gefragt. Die Gewalt der Einen gilt als 'krank', die Gewalt der Polizei aber als 'normal'.

Schon 2011 hat die Berliner Polizei eine Frau in ihrer Wohnung erschossen. Andrea H. sollte zu einer psychiatrischen Begutachtung gebracht werden. Sie, die große Angst vor Einbrechern hatte, wurde in ihrer Wohnung von der Polizei massiv bedrängt und ging dann mit einem Messer auf die Beamten los. Obwohl selbst Polizeiforscher sagen, dass die Polizei komplett falsch gehandelt hat, wurden die juristischen Ermittlung nach vier Wochen eingestellt. Der Beamte von damals, der geschossen hat, ist wieder regulär im Dienst. Offenbar können Polizist_innen also ungestraft Menschen erschießen, wenn diese als 'geistig verwirrt' bezeichnet werden und müssen keinerlei berufliche oder juristische Konsequenzen fürchten.

Wir als Pride Parade-Bündnis solidarisieren uns mit den Angehörigen, Freund_innen und fordern:

- eine unabhängige Untersuchung des Tathergangs
- Die sofortige Entlassung aus dem Polizeidienst
- ein Ende der öffentlichen Hetze gegen 'Schizophrene' und so genannte 'geistig Verwirrte'
- Schluss mit der Polizeigewalt gegen Psychiatrie-Betroffene!"

Hier weitere Berichte zur Pride Parade:

<http://www.pride-parade.de/>

Inzwischen hat die Berliner Staatsanwaltschaft entschieden: Das Verhalten eines Polizisten beim Einsatz gegen den „psychisch Kranken“ im Neptunbrunnen in Berlin- Mitte war angemessen. Daher sind die Ermittlungen gegen den Beamten wegen der tödlichen Schüsse unweit des Roten Rathauses eingestellt worden.

Asmus Finzen (Prof. für Psychiatrie, engagiert sich für Menschen, die an schizophrenen Psychosen erkranken), schreibt: „Es fällt auf, dass in den von mir berichteten Beispielen in keinem Fall von Verletzungen Dritter die Rede ist. Und es fällt

auf, dass in den Berichten darüber – auch den internationalen - auffällig oft davon die Rede ist, dass ein Messer gezogen wurde, dass damit gefuchelt, gewunken oder anderweitig gedroht worden sei. Es kann nicht sein, dass in Situationen wie den oben geschilderten, tödliche Schüsse die Methode der Wahl sind. (...) In anderen Ländern - Großbritannien, Kanada, Australien wurden hochrangige Regierungskommissionen

Offenbar können Polizist_innen also ungestraft Menschen erschießen, wenn diese als 'geistig verwirrt' bezeichnet werden und müssen keinerlei berufliche oder juristische Konsequenzen fürchten.

eingesetzt, um sich mit dieser tragischen Situation zu befassen. Es kann nicht sein, dass wir in Deutschland darüber zur Tagesordnung übergehen.“

„Wer mit einem Messer Polizisten angreift, muss damit rechnen erschossen zu werden.“ Schlechte Karten für psychisch Kranke von Asmus Finzen: http://apk-berlin.de/files/schusswaffengebrauch_gegen_psychisch_kranke_bei_polizei_final-1.pdf

Beratung für Psychiatrie-Betroffene vom Verein zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt:

Die Beratungsstelle befindet sich in der Kreuzzigerstraße 18 in Berlin-Friedrichshain und ist jeden Mittwoch von 16 bis 19 Uhr geöffnet. www.weglaufhaus.de/verein

Das Weglaufhaus bietet wohnungslosen oder akut von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen in Krisen die Möglichkeit, sich dem psychiatrischen System zu entziehen und ihr Leben wieder in die eigenen Hände zu nehmen.

Vor psychiatrischen Zwangsmaßnahmen kann man sich mit einer PatVerfü schützen: www.patverfue.de

BIP - Beschwerde- und Informationsstelle Psychiatrie in Berlin:

Grunewaldstraße 82

10823 Berlin

Tel: 030 - 789 500 360

Fax: 030 - 789 500 363

Mail: info@psychiatrie-beschwerde.de

Die Räume sind barrierefrei zugänglich.

Öffnungszeiten

Mo 10-14 Uhr

Di 14-18 Uhr (zweiwöchentlich 16-18 Uhr Rechtsberatung)

Do 10-14 Uhr

bekommen keine Mietverträge sondern sollen dafür bezahlen, dass sie die Wohnungen temporär bar aller Rechte bewachen.

In **Griechenland**, so Dimitra Siatitsa, führe der Krisenkahlschlag dazu, dass immer mehr Menschen in die Obdachlosigkeit getrieben werden. Eine Kopfpfuschale auf alle an Elektrizität angeschlossenen Grundstücke bringt die Menschen auf die Straße und es bilden sich ausgehend aus den Platzbesetzungen wie auf dem Syntagma-Platz nachbarschaftliche Kampf-Komitees. Mietwohnungen gibt es kaum.

Ähnlich in **Russland**, wo nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ein massiver Privatisierungsschub auf dem Wohnungsmarkt stattgefunden hat, so Maria Shamaeva und Joulia Strauss. Eine Ideologie des „effektiven Eigentümers“ steht hier sehr unzureichenden Rechten für Mieter_innen gegenüber, die noch nicht einmal an Kommunalwahlen teilnehmen dürfen. In den Großstädten wohnen die Menschen auf engstem Raum in Wohnungen, die nur notdürftig mit Holzwänden unterteilt sind.

Aus **Polen** berichten Katarzyna Czarnota und Magdalena Łuczak davon, wie zynischerweise der Mangel an Sozialwohnungen mit dem Bau von riesigen Container-Siedlungen an den Stadträndern ausgeglichen werden soll. Verdrängt aus den Innenstädten finden sich Menschen mit geringeren Einkommen so in Ghettos ohne Infrastruktur wieder. Gleichzeitig wächst in Mietshäusern der Widerstand gegen Zwangsräumungen.

Letztere gibt es auch in **Frankreich**, wo allerdings eine Räumungspause für den Winter erkämpft wurde. Menschen, die so ihren Wohnraum verlieren, sowie andere, die in unzumutbaren Wohnverhältnissen leben, kämpfen dafür, in HLM-Sozialwohnungen einziehen zu können. Diese sind nicht auf Profit ausgerichtet und wären eine Alternative zum stark überbelegten privaten Miet- und Eigentumswohnungsmarkt, wenn nur genügend bereitgestellt würden, so Véronique

Lhommeau, Marie Huiban und Gabriel Peña.

Ähnlich horrende Mietentwicklungen muss man feststellen, wenn der Blick über den Atlantik nach **New York** schweift. Lisa Vollmer berichtet von der untypischen Situation, dass im Kontrast zum Rest der USA hier ein Mietwohnungsanteil von 65% besteht. Das Platzen der Immobilienblase hat seit 2007 jedoch auch bei Mietshäusern Zwangsversteigerungen bewirkt und die Banken als neue Eigentümer entmieten oft die Häuser, um durch Spekulation und Weiterverkauf höhere Gewinne zu erzielen.

In **Spanien** verlieren seit der Krisenverschärfung ebenfalls Hunderttausende ihr Zuhause während es durch den Bauboom seit den 1990ern rund 3,5 Millionen leerstehende Wohnungen gibt. Eduard Baches von der Plattform der Hypothekenbetroffenen PAH erzählt vom wachsenden Widerstand gegen Zwangsräumungen. Waren es vor der 15M-Bewegung der Platzbesetzungen 2011 landesweit nur eine Handvoll dieser Plattformen, sind inzwischen über 130 gegründet und aktiv.

Auch in **Istanbul** und anderen türkischen Städten haben die Platzbesetzungen im Sommer 2013 zur Herausbildung von Basisorganisationen, den Foren, geführt. Kontinuierlich arbeiten sie gegen aufoktroierte Umsiedlungsprozesse aus den Zentren in neugebaute Hochhaus-Siedlungen am Stadtrand. Imre Azem, selber bei den Gezi-Protessen seit Beginn dabei, unterbreitet Pläne, gemeinsam das sogenannte Naturkatastrophengesetz zu kippen, das den Abriss von scheinbar einsturzgefährdeten Siedlungen legitimiert.

Bei den Schilderungen zu **Nordrhein-Westfalen** wurde von Knut Unger, Siggie Heide und Nataliya Chestnova dargestellt, welche Macht inzwischen Finanzinvestoren auf dem deutschen Immobilienmarkt besitzen. Hier geht es oft nicht mehr um die Mieteinnahmen selbst sondern um Wertsteigerungen der Immobilien. Daraus ergibt sich eine noch größere Mietsteigerung in den Zentren bei gleichzeitiger Vernachlässigung



.....
"Stop Zwangsräumungen"

*Auf Zwangsräumungen hat auch Berlin keinen Bock:
 zwangsräumungsverhindern.blogspot.de*



Die Menschen
SEHN VOR
LAUTER
SCHLECHTEM
KAJM DAS
GUTE

ANGST
UND
HASS

MICH
ORDET

UBERFRESH

Belive
the
life

MOMENT



**Als ob die Stadt ein
beschrieben werden**

selten mit der Sicherung grundlegender Bedürfnisse im Bereich der Häusersanierung, der Bildung, der Gesundheitsversorgung rechnen und die Anbindung dieser Regionen an das Zentrum, wo es das größte Angebot an Dienstleistungen und Arbeit gibt, ist sehr schlecht. Heute leben schätzungsweise 11% der Bevölkerung São Paulos in Favelas, das sind mehr als zwei Millionen Menschen allein in dieser Stadt. Laut einer vom Bürgermeister in Auftrag gegebenen Erhebung aus dem Jahr 2007 gibt es in São Paulo 1.538 Favelas.² Während die Immobilienspekulation ansteigt und die Forderungen nach Wohnraum ungehört bleiben, werden Familien mit niedrigen Einkommen immer stärker an die Ränder der Stadt gedrängt.

Pixo

Das eben gezeichnete Porträt São Paulos versucht ein klein wenig den Kontext zu erklären in dem die Praxis der Pichação entstanden ist. Keine_r kann genau sagen wo das Wort pixo oder Pichação herkommt. Aber einige spekulieren, dass es

von dem Wort "piche" abgeleitet ist. „Piche“ ist portugiesisch und bedeutet Asphalt. Ganz egal ob diese Erklärung stimmt oder nicht, sicher ist, dass die Praxis der Pichação untrennbar mit dem Asphalt verbunden ist. Pixar (es wird „pichar“ ausgesprochen und entweder mit x oder ch geschrieben) ist eine verbotene Form der Intervention im städtischen Raum, die an nahezu unerreichbaren Orten stattfindet. Auch wenn der Pichação oft vorgeworfen wird, dass sie rein gar nichts aussagt, ist sie ganz im Gegenteil Zeichen für die Segregation und die Konflikte in den großen brasilianischen Städten wie São Paulo und Rio de Janeiro.

Die Praxis des Pichação unterscheidet sich vom Graffiti nicht nur durch die Verwendung einer eigenen eckig-einfarbigen Schrift, sondern auch durch die ihr innewohnende Aggressivität und Grenzüberschreitung, die durch Umweltgesetze und Eigentumsrechte als eine Form des Raubs und des Vandalismus kriminalisiert wird. 2011 wurde ein bundesweites Gesetz eingeführt, dass den Verkauf von Sprühdosen an unter 18 jährige kontrollieren soll. In diesem Gesetz wird festgelegt, dass auf allen Sprühdosen die Aufschrift "Pixar é crime" („Pichar ist ein Verbrechen“) stehen soll und dass die Namen der Käufer_innen dieser Dosen aufgeschrieben werden müssen. Gleichzeitig werden Graffitis als eine Form der Kunst und der Wertschätzung des Eigentums anerkannt, zumindest dann, wenn sie mit Erlaubnis der jeweiligen Immobilienbesitzer_innen angefertigt wurden.³

Die Praxis des pixar bedeutet die städtische Landschaft graphisch zu markieren, so als ob der pixador (der/die Sprayer_in), indem er seine Unterschrift in Form eines pixo auf den Wänden hinterlässt, aus der Anonymität und Unsichtbarkeit hervortritt. Die meisten pixadores kommen aus Familien mit niedrigen Einkommen, haben nur kurz die Schule besucht und sind vorwiegend Männer zwischen 18 und 25 Jahren. Einige von ihnen sind Student_innen, andere erwerbslos oder in der Industrie angestellt, viele von ihnen arbeiten in den überfüllten, hektischen großen Straßen als Kuriere auf Motorrädern („moto-boys“) und bewegen sich gegen die Uhr – schnell und gefährlich – durch die Stadt, um Dokumente oder Fastfood auszuliefern.⁴ Die Praxis der Pichação ist für sie in erster Linie eine Unterhaltung, eine Art Sport und die Möglichkeit zu einer Gruppe zu gehören. Gleichzeitig ist es ein Angriff und eine Herausforderung auf und an Gesellschaft und Staat, die ihnen keinerlei Möglichkei-



Als ob die Stadt ein Blatt Papier wäre...



.....
Favela in São Paulo - direkt nebenan: Luxuswohnungen und private Freizeitgelände

Krieg oder Frieden? Favela-Befriedung vor der Fußball-WM

von Lutz Taufer

In Rio de Janeiro befindet sich die größte Ansammlung von Favelas in Lateinamerika. Nach dem Zensus von 2010 leben mehrere Hunderttausend Brasilianerinnen und Brasilianer in 1071 Favelas, die über das ganze Stadtgebiet zerstreut sind. Auch dort, wo 2014 Fußball-WM und 2016 die Olympischen Spiele stattfinden, wo große Tourismusinvestitionen getätigt oder Rio's altes und heruntergekommenes Hafengebiet nach Londoner Vorbild in eine Lifestyle-Zone umgewandelt werden soll.

Das berühmte Maracanã, wo das WM-Endspiel stattfinden wird, liegt mitten drin. Repräsentanten der Favelas befürchten eine Vergrößerung der Kluft zwischen Arm und Reich. Allein für die Infrastrukturprojekte zur Ausrichtung der Mega-Events sollen 119 Favelas aufgelöst und die BewohnerInnen umgesiedelt werden.

Amnesty International Deutschland und die UN-Sonderberichterstatterin für angemessenes Wohnen, Raquel Rolnik, kritisieren die Zwangsumsiedlungen.

Die Favelas werden meist beherrscht von einer der großen Mafia-Organisationen, etwa dem *Comando Vermelho* (Rotes Kommando). Teils brutal, teils paternalistisch setzen sie ihre Herrschaft durch. Sie sind die realexistierende Regierung. Der brasilianische Staat taucht zwei oder drei Mal im Jahr in Gestalt polizeilicher Stoßtrupps auf und lässt ein Dutzend Tote zurück. Jährlich erschießt die Polizei ca. 1000 Menschen wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt“. Die Demokratisierung, die 1985 in Brasilien nach Ende der Diktatur einsetzte, steht in der Favela noch aus.

Seit Anfang 2009 werden in der Südzone von Rio de Janeiro, dort wo die Mega-Events und Investitionen realisiert werden sollen, drei Dutzend Favelas von der Befriedungspolizei (UPP) mit 30 dauerhaften Polizeiwachen gehalten.

Eine der spektakulärsten Okkupationen erfolgte am 25. November 2010. 800 Fallschirmjäger des Heeres, 300 Bundespolizisten, 1.300 Militär- und Kriminalpolizisten drangen mit

„Ich habe deutlich andere Kriterien als der Großteil der Gesellschaft.“

Ein Flaschensammler aus Neukölln (*der Name ist geändert)

Berlin- Kreuzberg. Kotti am Freitag. Zwischen U- Bahnhof und Kaisers wimmelt es von Menschen. Ein ungemütliches Pflaster. Karsten* steht mit voller Tasche vor Kaisers, am Eingang blitzt eine leere Bierpulle. Er beteuert, dass er hier die Flaschen stehen läßt. Denn das kann Ärger geben. Viele sind hier auf Droge und reagieren heftig, wenn man was wegnimmt. Auch greife er nicht tief in Papierkörbe, er hätte keinen Bock auf abgeschlagene Flaschenhalse.

Ein lohnendes Geschäft ist das Flaschensammeln nicht. Karsten* steht nun vor dem Leergutautomaten. Für 15 Flaschen und eine Dose bekommt er 1,59 Euro. Dafür hat er fast zwei Stunden gesammelt. Sonst schaffe er die Strecke in einer Stunde, betont er. Er steuert sogleich den Getränkestand an. Das Geld reicht für drei Angermann- Bier. Über dem Getränkestand sind gleich drei Rauchmelder angebracht, das sei merkwürdig. Wären wohl versteckte Kameras, wie er aus dem Internet erfahren hat.

Seine Tour ging in Neukölln los - an seinem Wohnort.

Gleich am Anfang spricht er fachmännisch über seine Arbeitskleidung. Passende Musik hätte er immer dabei. Das Wichtigste seien bequeme Schuhe und die Tasche müsse groß genug sein. Nichts sei ärgerlicher, wenn kein Platz mehr in der Tasche sei. Aber sie reiche fast immer. Dass sich die Ladenöffnungszeiten verlängert hätten, sei aus seiner Perspektive gut. Tagsüber lohne sich das Sammeln nicht, er sammelt abends. Im Supermarkt sei es kein Problem, das Leergut loszuwerden. Im Späti sei das schon eher problematisch, dort müsse er auf die Mitleidsschiene machen oder an den Geschäftssinn appellieren, um Erfolg zu haben. Der erste Eindruck sei entscheidend. "Nicht nur das Sammeln, auch das Abgeben ist eine Herausforderung."

Bei Kaisers im Kindle Boulevard spuckt der Leergutautomat 63 Cent für sieben Flaschen aus. Für die "Kalte Muschi"- Cola mit Rotwein- gibts kein Pfand, resümiert Karsten lächelnd. Das Einlösen des Pfandbons gestaltet sich dann etwas langwieriger, vor ihm steht ein Asylbewerber mit Gutscheine. Auch hier reicht sein Geld für zwei Angermann- Bier. Karsten hat während des Sammelns immer ein offenes Bier in seiner Innentasche, von dem er gelegentlich einen Schluck nimmt. Es sei der "Suchtdruck", eher "Konsumdruck" revidiert er sich. Schließlich müsse er oft konsumieren, um zum Beispiel die Flaschen in Spätis abgeben zu können.

Unterwegs resümiert er über U- Bahnhöfe. Endbahnhöfe lohnen sich nicht, da räume die Firma Sasse den Müll weg. Aber Umsteigebahnhöfe, da ließen Leute auf dem Weg zum Bus ihr Bier stehen. An der U- Bahn Boddinstraße lohnt es sich nicht wirklich. Auch Nebenstraßen würden sich eher lohnen als Hauptverkehrsstraßen. Als wir in der Reuterstraße am Sitz der MLPD vorbeikommen, lästert er: "Die MLPD sollte mit der FDP fusionieren, damit sie beide zusammen über 5% kommen." Paar Meter weiter prangt ein Plakat "Da tobt der Klassenkampf", gemeint ist ein Fußballspiel zwischen Aalen und Babelsberg. In der Weserstraße ist es dann für Freitagabend verdammt leer.

Weiter nach Kreuzberg

Am Kottbusser Damm ist auch nicht viel los. „Die Deutsche Bank ist auch pleite, die können sich die Filiale nicht mehr leisten.“, kommentiert Karsten. Die hätten jahrelang wohl nicht gemerkt, dass sie zwei Filialen dicht beieinander betrieben hätten. Bei einem Spätkauf am Kottbusser Damm hätte der Mitarbeiter jede einzelne Flasche kontrolliert. Karsten fehlten zwei Cent, um eine neue zu kaufen, weil der eine Flasche nicht annahm. Das sei ein echtes Arschloch gewesen.

Die Graefestraße sei noch interessant, die nehme er auf dem Rückweg mit. Allerdings bedeute bessere Gegend nicht mehr Einnahmen. "Am meisten sammeln kannst du in der Gegend, wo die Leute wenig Geld haben. In diesem Sinne bin ich ein Armutsprofiteur. Aber ich tue ja was für mein Geld." Gelegentlich kommt "Konkurrenz" vorbei. Kaputte Bierflaschen kommentiert er: "Was für eine Geldverschwendung".

Auch Parks seien für ihn nicht attraktiv, da sei die "Konkurrenz" zu groß. "Wenn ich merke, dass sich die Strecke nicht lohnt, gehe ich die auch nicht mehr. Im Jargon der Wirtschaftslogistik nennt sich das Routenoptimierung." Vor 19 Uhr und nach 3 Uhr lohne sich das Flaschensammeln nicht. Bei schlechtem Wetter würde es sich auch nicht lohnen, weil die Leute eher zu Hause blieben. "Schlechtes Wetter= schlechtes Ergebnis".

Das Flaschensammeln hätte viel mit Intuition zu tun, Flaschensammler hätten meistens eine gute Ortskenntnis. "Flaschensammeln schult die Beobachtungsgabe, schult den Blick für kleine Details." Und er legt nach: "Ich weiß nicht, ob ich so'n typischer Vertreter bin."

„Ich habe ein ausgeprägtes Gerechtigkeitsverständnis.“

2003/04 wäre er in die linke Szene gekommen. 2006 sei er für die WASG Wahlkampf helfer gewesen. Aber die hätten ihn auch nur benutzt. Zuerst war eine euphorische Stimmung, später hätten sich die Wahlkampfleiter nicht mehr für jene interessiert, die auf der Straße gestanden hätten. Danach hat sein politisches Engagement spürbar nachgelassen.

Entsprechend seiner Fähigkeiten und Möglichkeiten habe er in seinem Leben alles getan, was er für richtig halte. „Ich bin nicht bereit, nach unten zu treten, damit es mir selbst besser geht.“ Ihm fehle aber die Fähigkeit, Nähe zuzulassen. Das mache einsam. Beruflich sehe er keine Perspektive mehr in dem Bereich, wo seine Talente und Fähigkeiten liegen. Das seien Analyse, logisches Denken, Softwareentwicklung. Da müßte er sich nach der langen Pause wieder einarbeiten. Das Jobcenter hat Weiterbildungen abgelehnt. Die Filmbranche hätte er wegen der ganzen Selbstdarsteller abgeschrieben. Vom Jobcenter wurde ihm das Callcenter vorgeschlagen. Dabei habe er eine Sprachstörung, weil er zu lange nachdenke, bevor er was sage.

Das Flaschensammeln sei ein Nullsummenspiel.

Es lohne sich nicht wirklich. Mit dem Flaschensammeln hätte er vor fünf Jahren aus Geldnot begonnen. Motivation seien aber auch Neugier und sportliche Gründe gewesen. So sitze er nicht in der Wohnung. Auf der Straße seien nun aber Eindrittel mehr Flaschensammler unterwegs. Die meisten seien älter als 40, die große Mehrheit Männer. Die krasseste Armut hatte er einmal am U- Bahnhof Leinestraße gesehen. Eine 70jährige Frau sammelte mit einem Rollator Flaschen. Er hätte ihr das Geld gegeben und die drei Aldi-Tüten mit Flaschen weggebracht. Sonst gebe es unter Flaschensammlern wenig Solidarität.

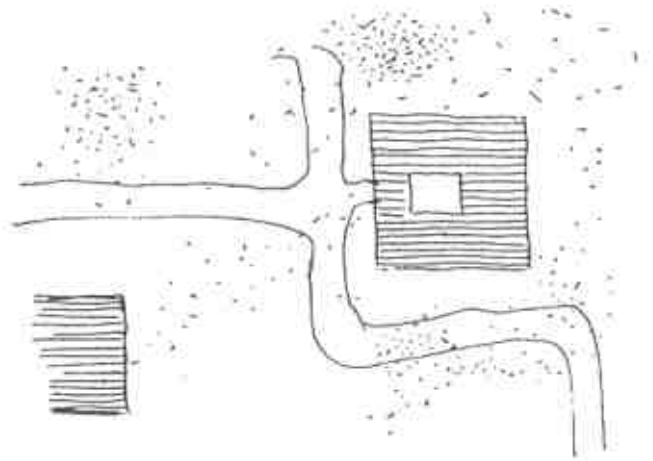
Als er bei einem Abschlußbier in einer Kreuzberger Kneipe gefragt wird, was er beruflich mache, antwortet er: „Ich arbeite an der Rohstoffbörse und mache angewandte Marktforschung. Außerdem bin ich im Umweltschutz aktiv und mache im Nebenjob bisschen Sozialberatung.“



Nachdem die nationalsozialistische Wehrmacht 1940 Frankreich besiegt hatte, knüpfte er Kontakte zur Pétain-Regierung. Am 31. Oktober schrieb er an seine Mutter: „Wenn es ihm [Marschall Pétain] mit seinen Ankündigungen ernst ist, kann Hitler sein Leben mit einem großartigen Werk krönen: der Neugestaltung Europas.“³ Französische Faschisten wie sein Vertrauter Georges Valois oder Pierre Winter lobten seine „Cité radieuse“⁴ mit ihren „Wohnmaschinen“ als „Umsetzung des faschistischen Programms“.

Kritik an den „Humanisten des Stahlbetons“ durch die Situationistische Internationale

Eine nicht unwesentliche linksradikale Gruppe der 1950er und 1960er Jahre, die Situationistische Internationale, bezeichnete die Wohnbedingungen, die der architektonische Funktionalismus geschaffen hatte, als Verarmung und Entfremdung des Lebens. In dem 1959 veröffentlichten Text „Eine andere Stadt für ein anderes Leben“ kritisierten sie, „dass die Straßen zu Autobahnen geworden sind“ und in den neugebauten Vierteln zwei Themen alles beherrschen „der Autoverkehr und der Komfort zuhause“. Die SituationistInnen bezeichneten die schnell aufgebauten Städte als „Friedhöfe aus Stahlbeton“. „Mit den neuen Städten“, so die SituationistInnen, „drückt die Gesellschaft ihr grundsätzliches Prinzip der Entfremdung und des Zwanges mit der klaren Sprache der Organisation des alltäglichen Lebens im Raum aus.“⁵ Für sie

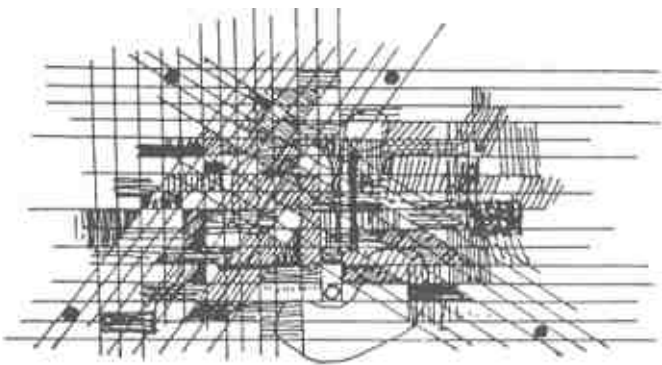


Eine grüne Stadt

Isolierte Wohneinheiten. Minimaler sozialer Raum: Begegnungen gibt es nur zufällig und individuell in den Gängen oder im Park. Der Verkehr beherrscht alles.

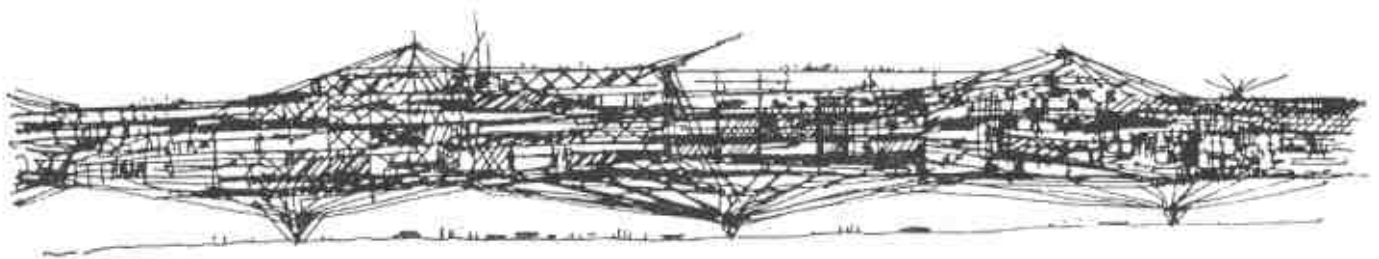
ist „die Entwicklung des städtischen Milieus ... die kapitalistische Dressur des Raums“.⁶ Wesentliches Moment ihrer Kritik ist die Entfremdung in der modernen kapitalistischen Welt. Nach dem Verständnis der SituationistInnen drückt sich die Entfremdung auch in der Trennung von Arbeit und Freizeit aus. Die neuen Städte mit der extremen Aufteilung der Bereiche Arbeit, Konsum und Freizeit waren für sie sichtbarer Ausdruck einer kapitalistischen Gesellschaft, die falsche Lebens- und Freizeitweisen an die Stelle von dem gesetzt hat, „was die wirkliche Lebenspraxis sein sollte“. Guy Debord, einer der maßgeblichen Personen der SituationistInnen, bezeichnete das alltägliche Leben als „kolonialisierten Sektor“. Kunst und Spiel waren für die SituationistInnen die Perspektiven, um Situationen zu schaffen. Situation wurde ganz im Sinne der von Marx beschriebenen „Situation [...], die jede Umkehr unmöglich macht“⁷, als Revolution verstanden.

Die Verwirklichung der Kunst ist dort erreicht, wo sie der/die KünstlerIn „in die Kunst des Lebens einverleibt“. Nach ihrer Auffassung wird die Kunst zur revolutionären Praxis für jede und jeden. Kritik und ständige Neugestaltung der Totalität des alltäglichen Lebens waren nach ihrer Meinung die wesentlichen Momente der revolutionären Praxis, die jede und



Prinzip einer bedeckten Stadt

Räumlicher „Plan“. Aufgehängte Kollektivwohnungen: sie erstrecken sich über die ganze Stadt und sind vom oben und unten ablaufenden Verkehr getrennt.



Schnitt durch eine bedeckte Stadt.

chen Lebens“ als Bedingung für eine andere Stadt gefordert, in diesem Zusammenhang geht es jedoch vor allem um die „Verwirklichung von uns selbst“. Henri Lefebvre warf ihnen vor, dass die Befreiung des Individuums nicht nur als individueller Akt, als individuelles Bewußtwerden und Sichbefreien von entfremdeten Regeln gedacht werden kann, sondern der Emanzipationsprozess sich mit dem Ziel der Transformation des gesellschaftlichen Bewußtseins, des Lebensalltags und damit der Gesellschaft überhaupt vereinigen muß. Nach seiner Meinung fehlte den SituationistInnen der Blick aufs Ganze der Gesellschaft und für umfassende Lösungen zu deren Transformation.

Gilles Dauvé kritisierte in seiner 1979 erschienenen Schrift „Kritik der Situationistischen Internationale“, dass der revolutionäre Funke nicht mehr in der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital liegt, sondern im Elend der sozialen Beziehungen. „Wenn Leute zusammenkommen, ohne irgendetwas zu tun, haben sie nichts gemeinsam außer ihrer Subjektivität“. Revolution wird identifiziert mit einer Befreiung von Zwängen, die auf der Begierde und vor allem auf der Begierde nach anderen Menschen, dem Bedürfnis nach Beziehungen beruht, so die Kritik von Gilles Dauvé. Die Betonung von Subjektivität, Freiheit und das Bedürfnis nach Beziehungen ist für die SituationistInnen ein wesentliches Moment bei ihrer Kritik an der funktionalen Architektur.

Das Ziel der Aneignung der Städte durch alle Menschen wird in ihren Texten leider nicht weiter ausgearbeitet. So gibt es keinen Gedanken dazu, wie Menschen in einer rätendemokratischen Gesellschaft entscheiden welche Gebäude gebaut werden und nach welchen Kriterien entschieden wird wer wo wohnt. In der kapitalistischen Gesellschaft wird dieses über den Geldbeutel entschieden. Wer über entsprechenden Reichtum verfügt, kann sich die größte Wohnung in bester Lage leisten.

.....
Corbusierhaus
.....



1. ND – Dossier Wohnen, August 2013, S.3
2. Zitate nach Matthias Bernd, Rübergeklappt, Berlin 2003, S.33f.
3. Zitiert nach Wikipedia Le Corbusier (Stand: 06.10.2013)
4. Die Cité radieuse wurde zwischen 1947 und 1952 in Marseille fertiggestellt. Dieses Gebäude war 138 Meter lang, 25 Meter breit, 56 Meter hoch und hatte 18 Geschosse. Dieses war das erste von insgesamt 5 Unité d’Habitation, die der Architekt Le Corbusier entwickelte. Le Corbusier sah seine Wohnmaschinen als ideale Lösung an, um massenhaft Wohnraum zu schaffen. In Berlin ist das Corbusierhaus in Berlin Westend als Hochhaustyp der Unité d’Habitation von Le Corbusier geplant und errichtet worden.
5. „Kritik des Urbanismus, In Situationistische Internationale I, S.214
6. Elementarprogramm des Büros für einen unitären Urbanismus, In Situationistische Internationale Nr.6, (1961)
7. MEW 8, S. 118
8. Manifest, In Situationistische Internationale I, S.152
9. Vaneigem, Anmerkungen gegen den Urbanismus“, S 243
10. „In Erwägung, daß das einzige Ziel einer revolutionären Organisation die Abschaffung der vorhandenen Klassen auf einem Weg ist, der keine neue Teilung der Gesellschaft mit sich bringt, nennen wir jede Organisation revolutionär, die konsequent auf die internationale Verwirklichung der absoluten Macht der Arbeiterräte hinarbeitet, so wie sie durch die Erfahrung der proletarischen Revolution dieses Jahrhunderts entworfen worden ist.“ (Minimal Definition der revolutionären Organisation, angenommen von der 7. Konferenz der SI, 1967)
11. Vgl. Henri Lefebvre, Einführung in die Modernität, S. 349, 351

Nicht länger , selber

Quartiersmanagement Schillerpromenade und Task Force Okerstraße

Umfassende Zusammenstellung von Texten und Artikel

www.tfa.blogspot.de/materialien/

Gentrification Blog

Nachrichten zur Stärkung von Stadtteilmobilisierungen und Mieter/innenkämpfen

www.gentrificationblog.wordpress.com/

Rixdorfer Kiezforum

www.rixdorf.org/

44_ Stadtteilgruppe rund um die Hermannstrasse

vierundvierzig.blogspot.de

Kiezinitiative DonauFulda

donaufulda.wordpress.com

Initiative 100% Tempelhofer Feld

www.thf100.de/

Info- und Stadteilladen Lunte

Weisestraße 53, U-Bhf: Boddinstraße

www.dielunte.de/

Karla Pappel

Initiative gegen Mietpreiserhöhungen und Verdrängung in Alt-Treptow

www.karlapappel.wordpress.com/

Kotti & Co

Die Mietergemeinschaft am Kottbusser Tor

www.kottiundco.net/

Zwangsräumungen verhindern!

zwangsraeumungverhindern.blogspot.de/

Berliner Mietergemeinschaft

www.bmgev.de/

Kampagne „Steigende Mieten Stoppen“

www.mietenstopp.blogspot.de/

RandNotizen

Stadtteilzeitung aus dem Norden Neuköllns

NKJ*
QUEERS
*UNITE!
*

NEUKÖLLN IST
SCHEIßT
ZURÜCK!

nicht gefördert durch:

